

Standort Baden-Württemberg

Demographie und Zukunftsfähigkeit

Studie von Roland Berger Strategy Consultants
Im Auftrag der Robert Bosch Stiftung



Robert Bosch **Stiftung**

Die **Robert Bosch Stiftung** ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Deutschland. Ihr gehören 92 Prozent des Stammkapitals der Robert Bosch GmbH. Sie wurde 1964 gegründet und setzt die gemeinnützigen Bestrebungen des Firmengründers und Stifters Robert Bosch (1861–1942) fort.

Die Stiftung konzentriert sich in ihrer Arbeit auf die Bereiche Wissenschaft, Gesundheit, Völkerverständigung, Bildung, Gesellschaft und Kultur. Sie betreibt in Stuttgart das Robert-Bosch-Krankenhaus, das Dr. Margarete Fischer-Bosch-Institut für klinische Pharmakologie und das Institut für Geschichte der Medizin.

Inhaltsverzeichnis	3
Abbildungsverzeichnis	4
Glossar und Abkürzungsverzeichnis	5
Vorwort	6
Die Herausforderung – demographischer Wandel in Baden-Württemberg	8
1. Ein makroökonomisches Modell und die Konsequenzen für Baden-Württemberg	8
2. Mögliche Hebel für Zukunftssicherheit und Wohlstand im Überblick	10
Die Aufgabe – Politische und wirtschaftliche Handlungsfelder in Baden-Württemberg	20
1. Familie und Gesellschaft	20
2. Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Technologie	26
3. Bildung, Wissenschaft und Forschung	35
4. Zuwanderung und Integration	40
Der Ansatz – Zusammenfassung der Vorschläge und erste Überlegungen zur Umsetzung	48
Literaturverzeichnis	52
Impressum	54

Abbildungsverzeichnis

- A 1: Altersstruktur Baden-Württemberg 2006–2050
- A 2: Die Baden-Württemberger werden deutlich länger leben [in Jahren]
- A 3: Weniger Personen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren im Jahr 2030 [in Mio.]
- A 4: Höhere Erwerbsquoten und technologischer Fortschritt als Hebel zur Steigerung des Wirtschaftswachstums
- A 5: Wachstumsraten Baden-Württemberg im Basis- und Ziel-Szenario (BIP auf Basis realer Werte)
- A 6: Fünf zentrale Hebel für die Zukunftsfähigkeit
- A 7: Simulationsergebnis Wachstumspfade BIP pro Kopf in Baden-Württemberg (reale Werte)
- A 8: Erwerbsquote von Frauen mit Kindern nach Regionen in Baden-Württemberg [in Prozent]
- A 9: Erwerbstätigenquoten nach Alterskohorten – Baden-Württemberg, Schweden, USA
- A 10: Veränderungen der Anteile am Gesamtkonsum
- A 11: Baden-Württembergs Stellung im deutschen und internationalen Vergleich (Anteil F&E-Ausgaben am BIP)
- A 12: Höchster Anteil von Stuttgart bei Bürgern mit Migrationshintergrund bezogen auf die Gesamtbevölkerung [in Prozent]

Glossar und Abkürzungsverzeichnis

BIP – Bruttoinlandsprodukt: Das BIP gibt den Wert aller Waren und Dienstleistungen an, die in einem Jahr innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft durch In- und Ausländer produziert werden.

F&E – Forschung und Entwicklung: F&E ist die im deutschen Sprachraum gebräuchliche Abkürzung für Forschung und Entwicklung.

DIW – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) mit Sitz in Berlin ist das größte deutsche Wirtschaftsforschungsinstitut. Das unabhängige Institut ist eine Einrichtung der angewandten Forschung auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften.

KMU – Kleine und mittlere Unternehmen: Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ist die Sammelbezeichnung für Unternehmen, die bestimmte Größenmerkmale nicht überschreiten. Die Einordnung als KMU ist unabhängig von der gewählten Rechtsform. Unternehmen, die die Größenordnungen überschreiten, heißen Großunternehmen. Nach Definition der EU-Kommission zählen alle Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten und einem Umsatz von 50 Mio. Euro oder weniger oder Unternehmen mit einer Bilanzsumme kleiner als 43 Millionen zu den KMU.

PPP – Public Private Partnership: Als Public Private Partnership (Abkürzung PPP), auch Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP) genannt, wird die Mobilisierung privaten Kapitals und Fachwissens zur Erfüllung staatlicher Aufgaben bezeichnet.

Vorwort

Noch vor wenigen Jahren wurden die Warnungen der Demographen in den Wind geschlagen. Heute ist das Thema »Demographischer Wandel« massiv in Politik, Wirtschaft und Medien präsent. Doch die Suche nach umfassenden Konzepten und Lösungsansätzen, die den unausweichlichen Wandel abfedern oder gar umkehren, hat gerade erst begonnen. Die Schrumpfung unserer Gesellschaft bei gleichzeitiger Alterung der Bevölkerung schafft fundamentale Verwerfungen, denn die demographischen Entwicklungen sind historisch ohne Beispiel und in Deutschland mit einer Geburtenrate von 1,3 Kindern pro Frau von besonderer Dramatik. Von dieser Entwicklung sind alle Lebensbereiche, die sozialen Sicherungssysteme, Wirtschaft und Arbeitswelt, die kommunale Infrastruktur, Stadt- und Raumplanung sowie Bildung und Integration betroffen.

In Baden-Württemberg werden in den Jahren bis 2050 etwa eine Million Menschen weniger leben als heute. Obwohl der Rückgang um 9,3 Prozent von 10,7 Millionen auf 9,7 Millionen verglichen mit anderen deutschen Ländern relativ gering ausfällt und der Prozess spät einsetzt, birgt diese Entwicklung viele Risiken aber auch einige Chancen. In zehn Jahren wird der Anteil der über 60-Jährigen stark ansteigen und im Jahr 2050 wird fast jeder Zweite über 60 sein, und wir alle werden im Schnitt sieben Jahre länger leben als heute. Das Angebot an Arbeitskräften nimmt bereits 2015 ab und wird im Jahr 2030 um 765.000 Personen gesunken sein. Wenn man sich vor Augen hält, wie sehr Baden-Württemberg in den Jahrzehnten nach dem II. Weltkrieg seinen beispiellosen Aufstieg zu einem führenden Industrieland nicht nur dem sprichwörtlichen Fleiß der Schwaben verdankt, sondern vor allem dem stetigen Zufluss an Arbeitskräften von außen, so ist die Herausforderung für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft klar erkennbar.

Dringend benötigt wird ein ganzheitliches Konzept zur Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben, ein Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte sowie eine weitsichtige, fokussierte und nachhaltige Politik, um der vielschichtigen Aufgabe gerecht zu werden. Einzelne Maßnahmen müssen durch ein langfristiges Gesamtkonzept abgelöst werden, etwa bei den Bemühungen um ein »Kinderland Baden-Württemberg«. Im Jahr 2030 wird die Gruppe der unter 20-Jährigen nur noch halb so groß sein wie die Gruppe der über 60-Jährigen. Familien wachsen aber nur dort, wo Menschen Vertrauen in die eigene Zukunft besitzen und wo die persönliche und gesellschaftliche Umgebung Familien und Kindern mit Wertschätzung begegnet. Es muss uns gelingen, dieses Vertrauen und diese Wertschätzung wieder herzustellen.

Die von der Robert Bosch Stiftung bei Roland Berger Strategy Consultants in Auftrag gegebene Studie entwickelt ein Ziel-Szenario und nennt fünf zentrale Hebel, um die Zukunftsfähigkeit des Landes Baden-Württemberg dauerhaft zu sichern:

1. Geburtenraten erhöhen und die Lage der Familien verbessern
2. Erwerbsbeteiligung weiter anheben
3. Innovationsfähigkeit stärken
4. Wachstumschancen des Seniorenmarktes nutzen
5. Haushalt konsolidieren.

Besonderer Handlungsbedarf ergibt sich beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, einer vorausschauenden Bildungspolitik und einer effizienten Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Bereits heute stammt jeder vierte Einwohner des Landes aus einer Zuwandererfamilie. Vor allem die Sprachförderung ist zentral, damit jeder die Chance hat, am Wohlstand des Landes zu partizipieren und ihn zu mehren. Alarmierend sind in diesem Zusammenhang die unterdurchschnittlichen Abiturraten von Migranten: 3,8 Prozent im Vergleich zum deutschen Mittelwert von über zehn Prozent! In Zukunft wird der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund noch steigen, ja steigen müssen und das Land wird sich aktiv um gezielte Zuwanderung bemühen müssen.

Traditionell hat der Bereich von Forschung und Entwicklung einen hohen Stellenwert und die Ausgaben dafür liegen mit 3,9 Prozent deutlich über dem deutschen Durchschnittswert von 2,5 Prozent. Diesen Vorteil sollte das Land nutzen und wo möglich, um das besondere Kapital Baden-Württembergs auszubauen. Insbesondere die vielen Weltmarktführer mit badischen oder schwäbischen Wurzeln können so ihre Spitzenposition verteidigen. Fleiß, Talent, Technologie und Toleranz sind zukunftssträchtig einzusetzen.

Im Jahr 2004 hat die Robert Bosch Stiftung die Expertenkommission »Familie und demographischer Wandel« unter Vorsitz von Kurt Biedenkopf ins Leben gerufen. Der Kommissionsbericht »Starke Familie« beschreibt die entscheidenden Eckpunkte einer aktiven Familienpolitik. Praktische Initiativen, etwa die Förderung innovativer familienunterstützender Dienstleistungen im Programm »Unternehmen Familie«, beruhen auf diesen Empfehlungen. Die Landesstiftung Baden-Württemberg und Robert Bosch Stiftung gemeinsam fördern talentierte Zuwandererkinder im Programm »Talent im Land«. Mit der Stadt Stuttgart wurde ein europäisches Städtenetzwerk »Cities for Children« ins Leben gerufen. Gleichzeitig wird tatkräftig die Integration türkischer und russischer Zuwanderer in den Arbeitsmarkt unterstützt. Mit der vorliegenden Studie zu den wirtschaftlichen Herausforderungen des demographischen Wandels wollen wir einen weiteren kleinen Beitrag zur Bewältigung der großen Demographieaufgaben leisten.

Wir danken Stefan Schaible und seinem Team bei Roland Berger Strategy Consultants für die vorgelegte Studie, die im Rahmen des gemeinsam mit dem Staatsministerium Baden-Württemberg veranstalteten Kongresses »Standort Baden-Württemberg - Demographie und Zukunftsfähigkeit« vorgestellt wird. Dank gebührt auch dem Statistischen Landesamt für die Unterstützung bei der Erstellung der Studie.

Dr. Ingrid Hamm

Geschäftsführerin Robert Bosch Stiftung

Die Herausforderung – demographischer Wandel in Baden-Württemberg

1 Ein makroökonomisches Modell und die Konsequenzen für Baden-Württemberg

Die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen wird bis 2050 von 82,4 Millionen auf etwa 69 bis 74 Millionen sinken.

Demographischer Wandel bedeutet: Die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen wird bis 2050 von derzeit etwa 82,4 Millionen auf eine Größenordnung zwischen 69 und 74 Millionen sinken. Sofern die Geburtenraten nicht signifikant steigen, wird die Bevölkerungszahl auch nach 2050 weiter schrumpfen. So lautet jedenfalls die Berechnung des Statistischen Landesamtes für die »mittlere Bevölkerung« in der Unter- bzw. Obergrenze der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes. Die derzeitige Geburtenquote von knapp 1,4 Kindern je Frau reicht nicht aus, um die Bevölkerung langfristig auf dem gleichen Niveau zu halten – erforderlich wäre ein Wert von rd. 2,1.

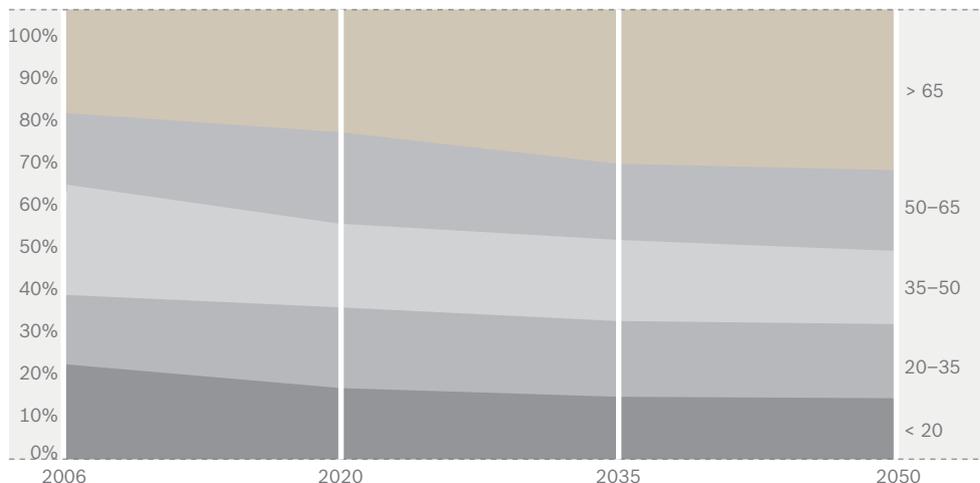
Die derzeitige Geburtenquote von knapp 1,4 Kindern je Frau reicht nicht aus, um die Bevölkerung langfristig auf dem gleichen Niveau zu halten.

Dabei wird der Bevölkerungsrückgang in dieser mittleren Variante noch durch einen positiven Migrationssaldo von 100.000 Personen in der Untergrenze bzw. 200.000 Personen in der Obergrenze abgemildert. Die Annahmen für die Wanderungsbewegungen sind sehr unsicher. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre erscheint eher ein Migrationssaldo von 100.000 Personen pro Jahr realistisch zu sein, lag doch die Wanderungsbilanz in 2004 bei rd. 55.000 und in 2005 bei rd. 96.000 Personen.

Die Lebenserwartung der Bevölkerung verlängert sich deutlich.

Gleichzeitig verlängert sich die Lebenserwartung der Bevölkerung deutlich. Für das Jahr 2050 wird eine Lebenserwartung bei Geburt von 84 Jahren bei Männern und 88 Jahren bei Frauen erwartet. Das ist eine Verlängerung um rd. 6 bzw. 5 Jahren gegenüber heute.

A 1 | Altersstruktur Baden-Württemberg 2006 – 2050

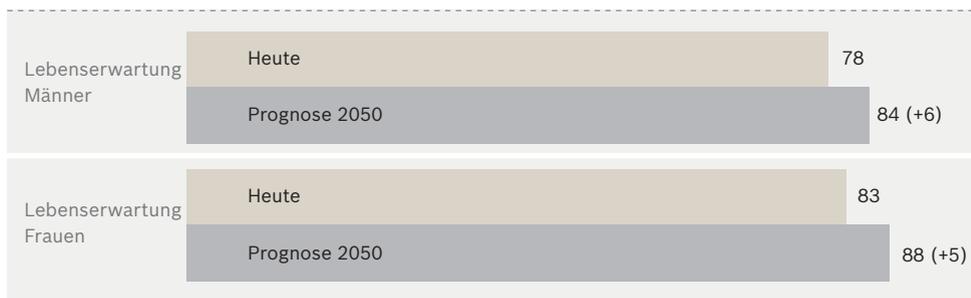


Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2005 und eigene Berechnungen

Auch in Baden-Württemberg werden insgesamt weniger Einwohner und im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung mehr ältere Bürger leben. Nach der 11. koordinierten Bevölkerungsberechnung wird die Bevölkerung von 10,7 Millionen im Jahre 2005 um rd. eine Million auf 9,7 Millionen im Jahr 2050 zurückgehen. Damit ist Baden-Württemberg dasjenige Flächenland, welches mit 9,3% bis 2050 den geringsten Bevölkerungsrückgang überhaupt zu verzeichnen hat. Zudem setzt der Prozess in Baden-Württemberg vergleichsweise spät ein. Bis in das Jahr 2035 wird lediglich ein Fünftel des Rückgangs (rd. 200.000 Personen) prognostiziert. Andere Bundesländer realisieren bereits mehr als die Hälfte ihres Rückgangs in den nächsten 30 Jahren.¹

In Baden-Württemberg werden weniger Einwohner und im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung mehr ältere Bürger leben.

A 2 | Die Baden-Württemberger werden deutlich länger leben [in Jahren]



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2005

Die höhere Lebenserwartung und der Bevölkerungsrückgang verschieben die Bevölkerungsstruktur. Insbesondere nach 2020 werden die sogenannten Baby-Boomer das Rentenalter erreichen. Der Bevölkerungsanteil der über 60-Jährigen wird in Baden-Württemberg von rd. 23% auf etwa 39% im Jahr 2050 ansteigen.² Bereits um 2030 wird die Gruppe der unter 20-Jährigen nur noch halb so groß sein wie die Gruppe der über 60-Jährigen.

Nach 2020 werden Baby-Boomer das Rentenalter erreichen.

Für Politik und die Volkswirtschaft ist es eine besondere Herausforderung, die Transferleistungen zwischen den Generationen zu adjustieren. Das gilt insbesondere für soziale Sicherungssysteme (z.B. Rente), die über das Umlageverfahren aus dem Einkommen der Erwerbstätigen finanziert werden. Diese Basis wird langsam untergraben.

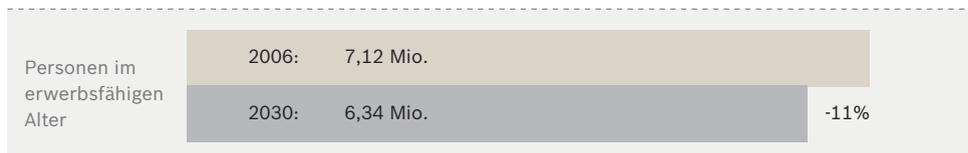
Die Veränderung hat auch unmittelbare Auswirkungen auf die Zahl der Erwerbstätigen. Da nicht genug junge Menschen »nachwachsen«, wird ab 2015 das Angebot an Arbeitskräften abnehmen. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg berechnet für 2030 eine um 765.000 Personen niedrigere erwerbsfähige Bevölkerung (15 bis 64 Jahre) im Land als 2006. Dies begrenzt die Wachstumsmöglichkeiten erheblich.

Ab 2015 wird das Angebot an Arbeitskräften abnehmen.

¹ 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes

² Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2007): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit sowie eigene Berechnungen

A 3 | Weniger Personen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren im Jahr 2030 [in Mio.]



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2005

Für Unternehmen ist der demographische Wandel gleichermaßen Chance wie Risiko.

Für Unternehmen ist der demographische Wandel gleichermaßen Chance wie Risiko. Die Nachfrage nach Gütern, Dienstleistungen und Arbeitskräfteangebot wird sich verändern – damit hat der demographische Wandel auch direkte Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung jedes einzelnen Unternehmens.

Die Landesregierung hat bereits in vielen Feldern gezielte Schwerpunkte gesetzt. Gerade auch der Bericht der Enquetekommission zu den Herausforderungen des demographischen Wandels für die Landespolitik gibt Empfehlungen in allen wichtigen Politikfeldern.³ Mit der Verankerung des Themas bei der Staatsrätin für demographischen Wandel und für Senioren, Prof. Dr. Hübner im Staatsministerium, hat das Land dem demographischen Wandel auch institutionell eine hohe Priorität eingeräumt.

Doch ein Ausruhen auf dem Erreichten ist nicht angebracht. Nicht nur die Politik, sondern gerade auch Unternehmen und Bürger sind gefordert, der Herausforderung durch entschlossenes und langfristig orientiertes Handeln zu begegnen.

2 Mögliche Hebel für Zukunftssicherheit und Wohlstand im Überblick

2.1 Erläuterung wichtiger Modellparameter

Die öffentliche Diskussion zum demographischen Wandel konzentriert sich häufig immer noch auf die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme.

Die öffentliche Diskussion zum demographischen Wandel konzentriert sich häufig immer noch auf die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme. Betroffen sind Renten, Pflege- und Krankenversicherung gleichermaßen: Immer weniger Beitragszahler finanzieren immer mehr Leistungsempfänger über einen längeren Zeitraum.

Besonders deutlich ist die schwierige Situation der Rentenversicherung: Rein rechnerisch wäre eine deutliche Erhöhung des Renteneintrittsalters erforderlich, um das Verhältnis zwischen Rentenniveau und Bruttolöhnen im Jahr 2050 auf dem Niveau von 1995 zu halten.⁴ Über den grundsätzlichen Reformbedarf und das Ziel, die Rentenversicherung »demographiefest« zu machen, besteht Einigkeit. Entsprechende Maßnahmen sind bereits eingeleitet.

³ vgl. Enquetekommission Baden-Württemberg »Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik«: Abschlussbericht 2006

⁴ United Nations, Department of Economic and Social Affairs (2001): Population Division 2001. New York

Doch der Fokus auf die Sozialversicherungssysteme ist zu eng. Eine alternde Gesellschaft wird Politik und Wirtschaft vor weit größere Herausforderungen stellen. Die Grundfrage lautet: Wie kann eine Volkswirtschaft nachhaltig wachsen und damit den sozialen Frieden dauerhaft stabilisieren, wenn es immer weniger Menschen im arbeitsfähigen Alter gibt?

Wie kann eine Volkswirtschaft nachhaltig wachsen und damit den sozialen Frieden dauerhaft stabilisieren, wenn es immer weniger Menschen im arbeitsfähigen Alter gibt?

Die Betrachtung muss deshalb insbesondere die Rate des technologischen Fortschritts und die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte bzw. die Erwerbsbeteiligung in den Mittelpunkt stellen.

Die Rate des technologischen Fortschritts und die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte bzw. die Erwerbsbeteiligung muss im Mittelpunkt stehen.

Wichtige Quelle des gesamtwirtschaftlichen Wachstums ist der technologische Fortschritt. Die Rürup-Kommission geht z. B. davon aus, dass die durchschnittliche Produktivität in den kommenden 45 Jahren um 1,8 % pro Jahr gesteigert werden kann. Dieser Wert gilt unter Ökonomen als optimistisch.⁵

Deutsche Bank Research geht in einigen Studien von einer Rate des technischen Fortschritts von 1,1 % p.a. aus. Auf dieser Basis prognostiziert sie einen demographiebedingten Rückgang des Wirtschaftswachstums auf jährlich ein Prozent.⁶ Sollten in den kommenden Jahren weniger Menschen nach Deutschland ziehen als derzeit angenommen, wird das durchschnittliche Wachstum sogar auf etwa 0,5 % pro Jahr sinken. Angesichts dieser Zahl muss alles getan werden, um die Innovationsfähigkeit der Volkswirtschaft und damit die Rate des technologischen Fortschritts dauerhaft zu erhalten oder sogar zu steigern.

In Sachen Innovationspotenzial, der Basis für technologischen Fortschritt, verfügt Baden-Württemberg über eine herausragende Stellung. Sein Ausgabenanteil von 3,9 % am Bruttoinlandsprodukt (BIP) für Forschungs- und Entwicklungsausgaben (F&E) stellt einen internationalen Spitzenwert dar. Diese Position gilt es in Zukunft weiter auszubauen und die F&E-Ausgaben dauerhaft auf über 4 % zu erhöhen.

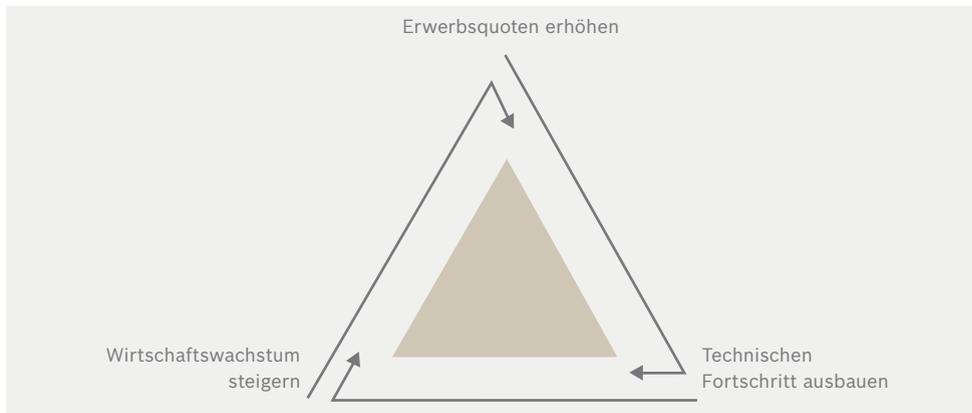
Als weiterer Faktor determiniert der Umfang der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte langfristig den Entwicklungspfad einer Volkswirtschaft. Bei einer rückläufigen Bevölkerungszahl sowie einer strukturellen Alterung kann das Arbeitskräftepotenzial nur bei einer zunehmenden Erwerbsbeteiligung gesteigert werden. Wenn es gelingt, in allen Altersgruppen den Anteil der Personen an der Bevölkerung zu erhöhen, die einer Erwerbsarbeit nachgehen, kann der Bevölkerungsrückgang kompensiert werden.

Wenn es gelingt, in allen Altersgruppen den Anteil der Personen an der Bevölkerung zu erhöhen, die einer Erwerbsarbeit nachgehen, kann der Bevölkerungsrückgang kompensiert werden.

⁵ Bundesministerium für Gesundheit und Soziales (2003): Nachhaltigkeit in der Finanzierung sozialer Sicherungssysteme – Bericht der Kommission. Berlin; vgl. auch Börsch-Supan, A., A. Ludwig und J. Winter (2004): Aging, Pension Reform, and Capital Flows: A Multi-Country Simulation Model, MEA DP 64-2004; die Europäische Zentralbank geht bspw. für den Euroraum von einer Rate des technischen Fortschritts in Höhe von 1,3 % p.a. aus; vgl. European Central Bank (2005): Assessing Potential Output Growth in the Euro Area – A Growth Accounting Perspective. Occasional Paper Series No. 22/January 2005

⁶ Deutsche Bank Research (2003): Deutsches Wachstumspotenzial: Vor demographischer Herausforderung, Aktuelle Themen Nr. 277. Frankfurt am Main

A 4 | Höhere Erwerbsquoten und technologischer Fortschritt als Hebel zur Steigerung des Wirtschaftswachstums



Quelle: Roland Berger

Die strategische Herausforderung für Baden-Württemberg ist dabei, dass bei höheren Abgabenquoten, die durch die Verschlechterung der Relation von Beitragszahlern zu Empfängern und die Haushaltskonsolidierung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene entstehen, tendenziell die Erwerbsneigung abnimmt. Mit seinen schon heute sehr hohen Erwerbsquoten wird die Kompensation dieses – aus Sicht eines Bundeslandes – nicht direkt beeinflussbaren Effektes (da diesem bundespolitische Entscheidungen zugrunde liegen) eine große Herausforderung darstellen.

Ziel im Bereich der Erwerbsquoten muss es sein, dauerhaft eine internationale Spitzenstellung einzunehmen.

Ziel im Bereich der Erwerbsquoten muss es sein, dauerhaft eine internationale Spitzenstellung einzunehmen.

Die Diskussion von aggregierten Kennzahlen zum technologischen Fortschritt und Beschäftigungsquoten darf nicht den Blick auf dahinter liegende strukturelle Veränderungen auf der Nachfrageseite verstellen. Die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen wird sich durch Alterung und Rückgang der Bevölkerung verändern. Das hat entsprechende Anpassungen auf der Angebotsseite zur Folge. Bereits heute bereiten sich bspw. Automobil-, Kosmetik- und Tourismus-Branche auf die zunehmende Alterung der kaufkräftigen sogenannten »best ager« durch Produktinnovationen vor (z.B. Einparkhilfen, Kosmetikartikel für die »reife Haut«, gesonderte Reiseangebote für die Zielgruppe über 60 etc.).

Zudem kann eine aktive lebenslange Bildungspolitik und Anreizsetzung für unternehmerisches Handeln auch im Alter verhindern, dass die alternde Gesellschaft an Innovationsfähigkeit und unternehmerischer Dynamik verliert. Weniger und voraussichtlich auch ältere Unternehmer müssen die demographiebedingten Veränderungen auf der Nachfrageseite als Chance für unternehmerisches Handeln und Produktinnovationen nutzen.

Die dauerhafte Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte muss gesichert werden.

Gesichert werden muss auch die dauerhafte Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte.

Das aktuell hohe Steueraufkommen hat die Einnahmeseite im Landeshaushalt gestärkt und die Konsolidierungspolitik des Landes unterstützt. Baden-Württemberg wird voraussichtlich schon in 2008 keine neuen Schulden aufnehmen. Damit ist die Ausgangssituation in Baden-Württemberg für die Schaffung von fiskalischen Spielräumen zur Bewältigung des demographischen Wandels (z.B. in Form von Risikovorsorge im Landeshaushalt, einem Pensionsfonds u.a.) derzeit gut. Gerade in wirtschaftlich guten Zeiten muss die Basis gelegt werden, um den fiskalischen Auswirkungen des demographischen Wandels (tendenziell sinkende Steuerbasis, höhere Ausgaben auf Grund der alternden Bevölkerung) begegnen zu können.

Über die Arbeit der Föderalismusreform, in welcher Baden-Württemberg mit dem Ministerpräsidenten Oettinger prominent vertreten ist, besteht die Chance, bundesweit Eckpunkte im Hinblick auf eine nachhaltige Stabilisierung der Finanzen auch unter Berücksichtigung des demographischen Wandels zu verankern. So könnten neben einer Festbeschreibung von Schuldengrenzen auch Spielregeln für die Belastung zwischen den Generationen verbindlich festgeschrieben werden.

In einem makroökonomischen Modell haben wir simuliert, welche Auswirkungen der demographische Wandel auf die Wachstumsfähigkeit in Baden-Württemberg hat. Methodisch wird dies mittels eines so genannten »überlappenden Generationenmodells« prognostiziert. Dabei werden Alterskohorten auf Basis der Daten des Statistischen Landesamtes zu Gruppen zusammengefasst.

Makroökonomisches Modell simuliert die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Wachstumsfähigkeit in Baden-Württemberg.

Das Modell geht von einer offenen Ökonomie aus. Auf der Angebotsseite entscheidet jede Generation zu jedem Zeitpunkt jeweils über ihr Arbeitsangebot, ihren Konsum und ihre Ersparnis und verfügt über Erwerbs-, Kapital- oder Renteneinkommen. Die Haushalte sind mit einer bestimmten altersspezifischen Produktivität ausgestattet und besitzen ein gewisses Vermögen (Kapital).⁷ Das Verhalten der Haushalte wird maßgeblich durch die vom Staat bestimmten Parameter beeinflusst (Rentenniveau, Abgabenquote, Staatsverschuldung) sowie durch die Beschäftigungsquote der verschiedenen Alterskohorten bzw. von Frauen und Männern. Dabei haben wir die spezifische Bevölkerungsentwicklung und Arbeitsmarktpartizipation in Baden-Württemberg berücksichtigt.

Für die Produktionsseite verwenden wir eine (Cobb-Douglas-) Produktionsfunktion mit den Faktoren Kapital, Arbeit und Technologie. Die Variablen Kapital und Arbeit ergeben sich durch Aggregation der individuellen Größen und werden im Einklang mit den aggregierten Daten aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gewählt.⁸

Das Technologiewachstum wird im Modell als exogen angenommen. In Abwägung der in der Literatur angenommenen Wachstumsraten des technologischen Fortschritts und angesichts der historischen Werte der letzten Jahre wird in Anlehnung an die Europäische Zentralbank nachfolgend für das Basis-Szenario ein mittlerer konservativer Wert von 1,3 % p.a. angenommen.

7 Deutsche Bank Research (2003): Deutsches Wachstumspotenzial: Vor demographischer Herausforderung, Aktuelle Themen Nr. 277. Frankfurt am Main

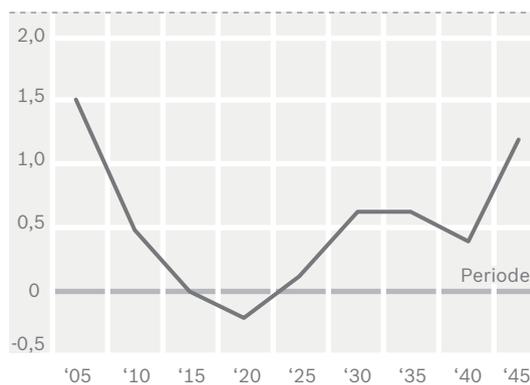
8 G. Burtless (2005): Can Rich Countries Afford to Grow Old? <http://www.brookings.edu/views/papers/burtless/20050715.htm>

Ohne Fortführung einer konsequenten Reformpolitik in Baden-Württemberg wird die Wirtschaft in den kommenden Dekaden nicht ausreichend wachsen.

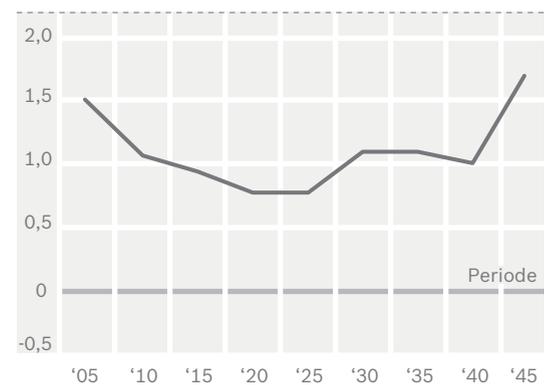
Das Ergebnis der Simulation ist, dass ohne Fortführung einer konsequenten Reformpolitik in Baden-Württemberg die Wirtschaft in den kommenden Dekaden nicht ausreichend wachsen wird. Auf Grund der guten Ausgangsposition (insbesondere den hohen Erwerbsquoten) ist der Wachstumspfad zwar höher als bei einer entsprechenden Betrachtung für Gesamtdeutschland (bis zu 0,3%-Punkte mehr an jährlichem Wachstum in einigen Fünfjahresperioden). Dennoch wird es – trotz des angenommenen technischen Fortschritts von 1,3 % p.a. – Perioden wirtschaftlichen Stillstands oder einer schrumpfenden Volkswirtschaft geben.

A 5 | Wachstumsraten Baden-Württemberg im Basis- und Ziel-Szenario (BIP auf Basis realer Werte)

Wachstum Basis-Szenario
Ø Wachstumsrate p.a. je Periode



Wachstum Ziel-Szenario
Ø Wachstumsrate p.a. je Periode



Quelle: Roland Berger

Die Dimension der Herausforderung wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass Baden-Württemberg in den letzten 30 Jahren sein BIP auf Basis realer Werte mehr als verdoppelt hat. Ein Rückgang auf ein Wachstum von nur 30% in den nächsten gut 40 Jahren stellt eine deutliche Verschlechterung bei den Wohlstandzuwächsen dar.

Diese Entwicklung kann jedoch vermieden werden, wenn Politik und Unternehmen entschlossen in allen Handlungsfeldern aktiv werden. Dieses entschlossene Handeln wird nachfolgend in einem Ziel-Szenario abgebildet.

2.2 Entwicklung eines Ziel-Szenarios für Baden-Württemberg

Baden-Württemberg muss ambitionierte Ziele haben und sich auch künftig an internationalen Spitzenwerten messen.

Um die Spitzenstellung Baden-Württembergs dauerhaft zu erhalten und gegebenenfalls noch auszubauen, ist es erforderlich, besonders ambitionierte Ziele zu setzen und sich auch künftig an internationalen Spitzenwerten zu messen. Dies gilt z.B. für eine weitere Steigerung der bereits guten Erwerbsquoten oder die dauerhafte Sicherung der Innovationsfähigkeit. Baden-Württemberg steht vor einer besonderen Herausforderung im Ländervergleich, weil Verbesserungen von einem bereits sehr hohen Niveau aus erreicht werden müssen.

A 6 | Fünf zentrale Hebel für die Zukunftsfähigkeit Baden-Württembergs einsetzen



Quelle: Roland Berger

Die historisch bewiesene Leistungsfähigkeit Baden-Württembergs wird es erlauben, in der Praxis das oben beschriebene Basis-Szenario erheblich zu übertreffen. Unter zusammenfassender Betrachtung der relevanten Handlungsfelder haben wir deshalb ambitionierte, aber realistische »Anspruchsniveaus« für Baden-Württemberg zusammengestellt, welche in das nachfolgend beschriebene Ziel-Szenario einfließen. Die Erreichung des Zielszenarios erfordert entschlossenes Handeln von Politik und Unternehmen im Land und ist von folgenden Eckpunkten gekennzeichnet:

Die historisch bewiesene Leistungsfähigkeit Baden-Württembergs könnte es erlauben, in der Praxis das oben beschriebene Basis-Szenario erheblich zu übertreffen.

:: Die Erwerbsbeteiligung weiter anheben – bei Älteren, bei Frauen und gerade auch bei Migranten. Zielniveau müssen dabei mindestens die internationalen Vergleichswerte von Schweden und den USA sein. Aufgrund der sehr guten Ausgangspositionen sollte Baden-Württemberg im Zielniveau ab 2025 sogar über den heutigen Werten dieser Länder liegen. Dies ist insofern realistisch, als in den kommenden Jahren auch in Schweden und den USA mit einer weiteren Steigerung zu rechnen ist.

Erwerbsbeteiligung weiter anheben.

:: Die Innovationsfähigkeit der Volkswirtschaft stärken und auch bei einer strukturell älter werdenden Bevölkerung langfristig auf einem Spitzenniveau halten. Ziel sollte sein, v.a. die F&E-Aktivitäten in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu verbreitern und die F&E-Investitionen um einige weitere Zehntel Prozentpunkte vom BIP auf dauerhaft über 4% zu steigern. Dabei sollte die Rate des technischen Fortschritts langfristig auf ein Niveau von rd. 1,7% p.a. erhöht werden. Dieser Wert ist durchaus realistisch und liegt noch unterhalb des in den USA erreichten langjährigen Mittels.

Innovationsfähigkeit der Volkswirtschaft stärken.

:: Frühzeitig die Wachstumschancen des Seniorenmarktes für Baden-Württemberg adressieren und die Gesundheitswirtschaft in Baden-Württemberg zu einer internationalen Führungsrolle entwickeln.

Wachstumschancen des Seniorenmarktes für Baden-Württemberg adressieren.

:: Mittelbar über verbesserte Beratungsangebote und finanzielle Anreize eine Anhebung der Geburtenraten bewirken und den Prozess der Abnahme der Bevölkerung lokal durch gezielte Zuwanderung abmildern.

Anhebung der Geburtenraten bewirken.

Durch konsequente Haushaltskonsolidierung Spielräume der öffentlichen Hand nutzen, um zukunftsweisend zu investieren.

Bis spätestens 2010 sollte eine Nettoneuverschuldung von Null erreicht sein und für mindestens 10 Jahre gehalten werden.

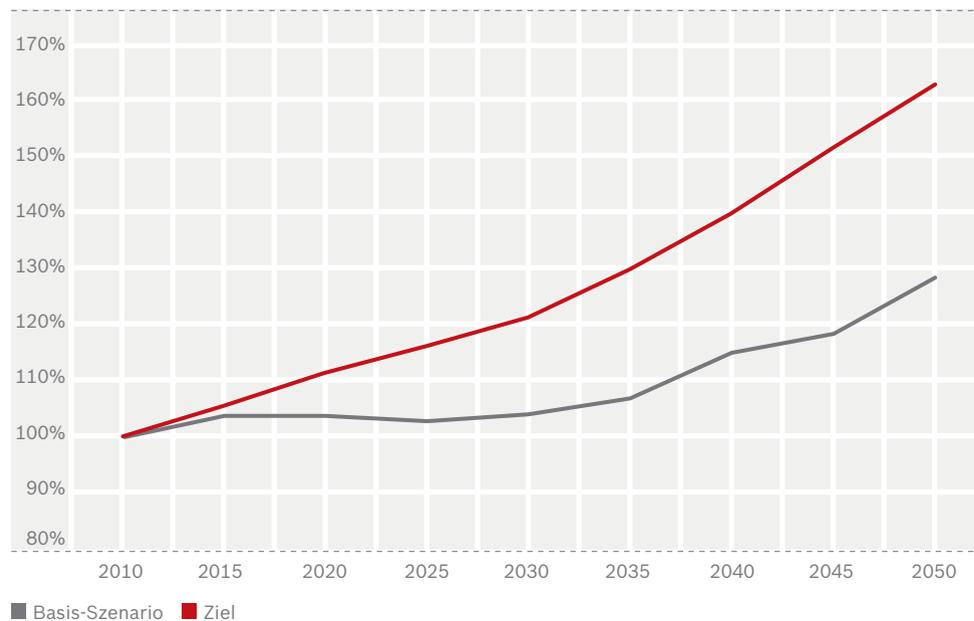
Auch beim BIP pro Kopf lassen sich im Ziel-Szenario mit einer Steigerung von mehr als 50% bis 2045 auf Basis realer Werte durchaus attraktive Steigerungen erzielen.

:: Durch konsequente Haushaltskonsolidierung nachfolgende Generationen weniger belasten und dadurch auch finanzielle Spielräume der öffentlichen Hand nutzen, um zukunftsweisend zu investieren. Bis spätestens 2010 sollte eine Nettoneuverschuldung von Null erreicht sein und für mindestens 10 Jahre gehalten werden.

Wird dieses Handlungspaket umgesetzt, lassen sich negative Wachstumszahlen vermeiden und ein durchschnittliches Wachstum von weit über 1,0% bis zum Jahr 2050 erzielen (vgl. A 7). Gelingt es darüber hinaus, weitere Arbeitskräfte für Baden-Württemberg zu gewinnen und das technologische Niveau über die beschriebenen 1,7% p.a. zu verbessern, sind auch höhere Wachstumsraten möglich.

Auch beim BIP pro Kopf lassen sich im Ziel-Szenario mit einer Steigerung von mehr als 50% bis 2045 auf Basis realer Werte durchaus attraktive Steigerungen erzielen.

A 7 | Simulationsergebnis Wachstumspfade BIP pro Kopf in Baden-Württemberg (reale Werte)

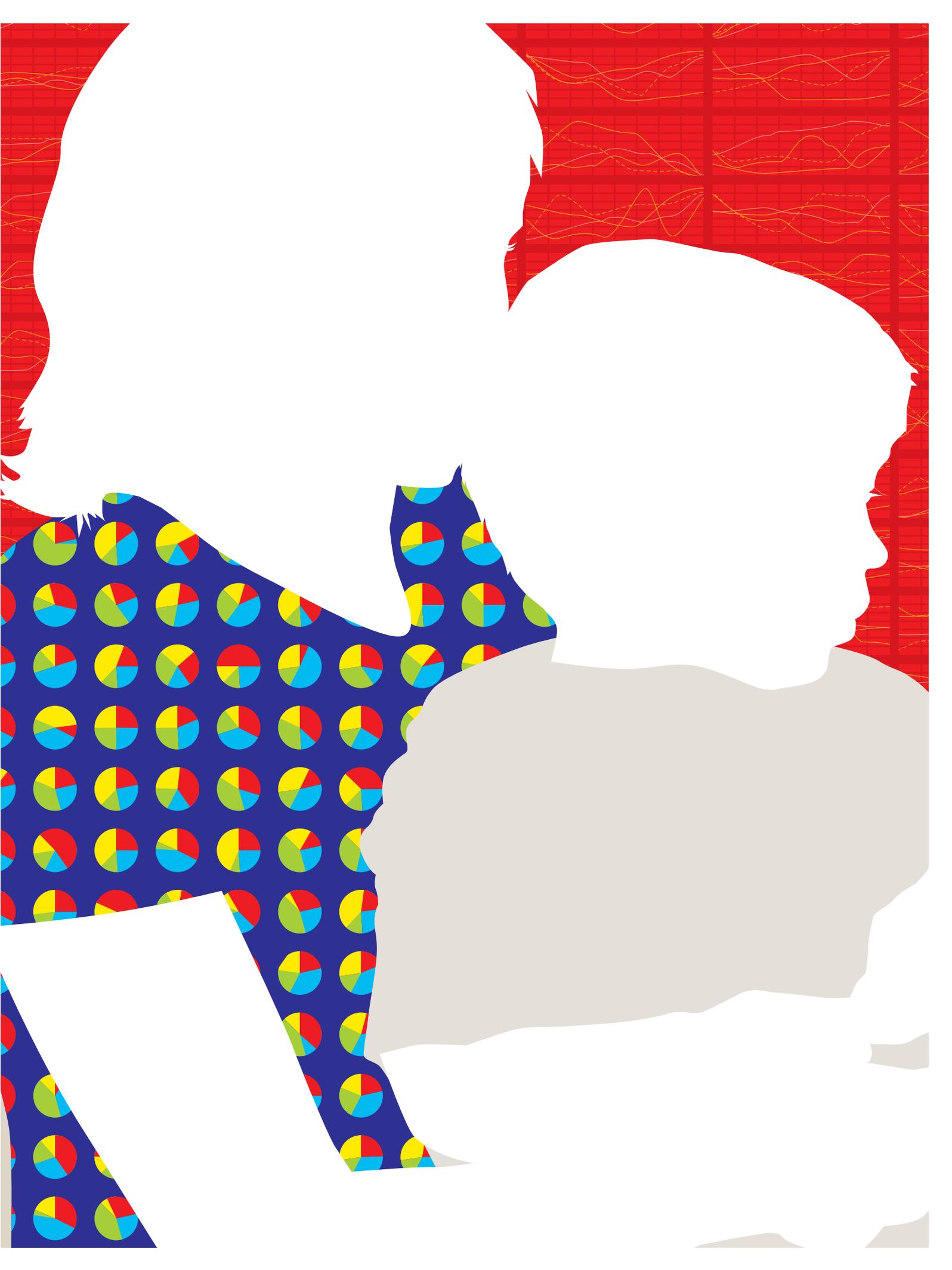


Quelle: Roland Berger

Wenn Politik und Unternehmen entschlossen in den beschriebenen Handlungsfeldern aktiv werden, kann somit ein langfristiges Wirtschaftswachstum, mehr Wohlstand und größere politische Gestaltungsfähigkeit für Baden-Württemberg realisiert werden. Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, dass die Entwicklung in Baden-Württemberg in vielen Feldern ganz maßgeblich durch Entscheidungen auf Bundesebene bestimmt wird. Ohne ein konsequentes Festhalten an den getroffenen Entscheidungen zum Renteneintrittsalter, d.h. eine Begrenzung der Rentenerhöhungen und eine konsequente Haushaltsdisziplin auf Bundesebene, wird insbesondere durch die Abgabenlast eine positive Entwicklung in Baden-Württemberg erschwert.

Die Entwicklung in Baden-Württemberg wird in vielen Feldern maßgeblich durch Entscheidungen auf Bundesebene bestimmt.





Die Aufgabe – Politische und wirtschaftliche Handlungsfelder in Baden-Württemberg

Die beschriebenen Eckpunkte des Ziel-Szenarios können mit unterschiedlichen politischen Strategien realisiert werden. Bei einem Betrachtungshorizont bis zum Jahr 2050 werden sich in den kommenden Jahrzehnten auch zahlreiche Ansatzpunkte ergeben, die heute noch nicht absehbar sind. Die nachfolgenden Ansatzpunkte sind deshalb als Anregungen zu verstehen, welche die Machbarkeit des beschriebenen Ziel-Szenarios plausibel und anfassbar machen, ohne einen Anspruch auf Alleingültigkeit zu erheben.

1 Familie und Gesellschaft

Familienpolitik hat in den vergangenen Jahren eine immer zentralere Rolle in der politischen Debatte eingenommen. Die Fragen in Bezug auf den Wert der Familie als Lebensform und das Wohl von Kindern werden zunehmend durch den Aspekt der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ergänzt. Zahlreiche Studien und Expertenkommissionen haben in den vergangenen Jahren die Zusammenhänge von Familienpolitik, Demographie und Wirtschaft beleuchtet. So hat eine hochkarätig besetzte Expertenkommission der Robert Bosch Stiftung unter Leitung von Kurt Biedenkopf empfohlen, durch aktive Familienpolitik den wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen des demographischen Wandels zu begegnen. Nach Einschätzung der Kommission werden verbesserte strukturelle Rahmenbedingungen – zum Beispiel Kinderbetreuung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf u.ä. – wesentlich dazu beitragen, Deutschlands Zukunftschancen zu verbessern.⁹

Die Debatte um die Kinderfreundlichkeit unseres Landes antizipiert insofern die demographische Entwicklung, als sie auf eine Erhöhung des Arbeitskräfteangebotes und der Geburtenrate abzielt und damit das Ziel verfolgt, dem demographischen Trend entgegen zu wirken. Das zunehmende Interesse der Wirtschaft am Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf macht die ökonomische Motivation der Debatte deutlich. Herausforderung für die Politik ist es, die gesellschaftliche Bedeutung von Familie mit den wirtschaftlichen Anforderungen an eine Gesellschaft der Zukunft zu verbinden.

Herausforderung für die Politik ist es, die gesellschaftliche Bedeutung von Familie mit den wirtschaftlichen Anforderungen an eine Gesellschaft der Zukunft zu verbinden.

Das bemerkenswerte an der Situation in Baden-Württemberg ist, dass trotz einer vergleichsweise geringen Anzahl an Betreuungsangeboten für Kinder unter 3 Jahren und unterdurchschnittlich vielen Ganztagesbetreuungsplätzen für Kinder über 3 Jahren die Erwerbstätigenquote von Frauen mit Kindern einen bundesdeutschen Spitzenwert ein-

⁹ Robert Bosch Stiftung (2005): Starke Familie. Bericht der Kommission »Familie und demographischer Wandel«

nimmt.¹⁰ Trotz des fünftniedrigsten Wertes im Ländervergleich bei den Betreuungsquoten für unter 3-Jährige (8,8%)¹¹ und einem Anteil von 7,4% an Ganztagesplätzen bezogen auf alle Kindergartenplätze¹² liegt der Anteil der erwerbstätigen Frauen mit minderjährigen Kindern bei 68%. Werden die erwerbslos gemeldeten Frauen hinzu gezählt, ergibt sich sogar ein Wert von 73% für die Erwerbsquote. Dies ist ein Spitzenwert für alle westdeutschen Bundesländer. Baden-Württemberg liegt damit 9%-Punkte vor Nordrhein-Westfalen mit 64%. Der Wert für Baden-Württemberg hat sich in den vergangenen 20 Jahren um rund 20%-Punkte gesteigert.¹³

Trotz einer vergleichsweise geringen Anzahl an Betreuungsangeboten für Kinder unter 3 Jahren nimmt die Erwerbstätigenquote von Frauen mit Kindern einen bundesdeutschen Spitzenwert ein.

A 8 | Erwerbsquote von Frauen mit Kindern nach Religionen in Baden-Württemberg [in %]



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2005

Darüber hinaus ist es bemerkenswert, dass die Erwerbsquote von Frauen im ländlichen Raum tendenziell höher ist als in Ballungszentren. So erreicht bei besagtem Landesschnitt von 73% die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg einen Spitzenwert von 80% bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen. Schlusslicht ist die Region Stuttgart mit 70%. Dies ist insofern auffällig, als gerade im ländlichen Raum das Angebot an Betreuungsplätzen geringer ist als in städtischen Zentren.¹⁴

Die Erwerbsquote von Frauen ist im ländlichen Raum tendenziell höher als in Ballungszentren.

Diese Situation widerspricht damit auf den ersten Blick zahlreichen Untersuchungen, die zeigen, dass attraktive Betreuungsangebote erheblichen Einfluss insbesondere auf die Erwerbsbiografien von Frauen haben.¹⁵

10 Jens Ridderbusch, Statistisches Monatsheft 06/2005: Erwerbsbeteiligung und Kinderbetreuung im regionalen Vergleich; Basisdaten des Statistischen Landesamtes vom März 2004; die Zahl von 68% umfasst die Erwerbstätigen inkl. der Beurlaubten in Elternzeit; werden die Erwerbslosen hinzugerechnet, ergeben sich 73%

11 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2006): Familie in Zahlen

12 Jens Ridderbusch: Statistisches Monatsheft 06/2005: Erwerbsbeteiligung und Kinderbetreuung im regionalen Vergleich

13 Jens Ridderbusch, Statistisches Monatsheft 06/2005: Erwerbsbeteiligung und Kinderbetreuung im regionalen Vergleich; Basisdaten des Statistischen Landesamtes vom März 2004

14 Jens Ridderbusch, Statistisches Monatsheft 06/2005: Erwerbsbeteiligung und Kinderbetreuung im regionalen Vergleich; Basisdaten des Statistischen Landesamtes vom März 2004

15 Vgl. Robert Bosch Stiftung (2006): Unternehmen Familie

Eine genauere Betrachtung ergibt jedoch ein differenzierteres Bild:

:: In den Zahlen zur Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern sind auch Mütter enthalten, die z.B. in Elternzeit beurlaubt sind. Sie machen, wenn das jüngste Kind weniger als 3 Jahre alt ist, knapp die Hälfte der als erwerbstätig eingestuften Mütter aus.¹⁶ Mit dem neu eingeführten Elterngeld wurde ein Anreiz geschaffen, die Elternurlaubsphase auf ein Jahr zu verkürzen und zumindest teilweise auf beide Elternteile zu verteilen. Hier besteht in Baden-Württemberg noch erhebliches Potenzial, das realisiert werden kann.

:: Rund zwei Drittel der erwerbstätigen Frauen in Baden-Württemberg sind teilzeitbeschäftigt.¹⁷ Dieser hohe Wert zeigt, dass aus ökonomischer Sicht noch erhebliche Möglichkeiten für eine Verlängerung der Arbeitszeit von Frauen in Baden-Württemberg gegeben ist.

Beide Faktoren machen deutlich, dass sich Frauen über die Art ihrer Berufsausübung auf das Angebot an Betreuungsleistungen in Baden-Württemberg einstellen: Nur wenige Mütter arbeiten, wenn das jüngste Kind noch nicht drei Jahre alt ist. Für Kinder dieses Alters ist nur ein geringes Betreuungsangebot vorhanden. Die hohe Teilzeitquote korrespondiert mit dem begrenzten Angebot an Ganztagesplätzen.

Mütter und junge Familien reagieren also auf das inadäquate Betreuungsangebot, indem sie ihre Teilnahme am Erwerbsleben verringern. Dieses Verhalten ist individuell rational, aber mit hohen Kosten für die Gemeinschaft verbunden. Einerseits erwirtschaften weniger Arbeitskräfte ein niedrigeres Bruttoinlandsprodukt. Andererseits verdrängen Hausmänner und Hausfrauen private haushaltsnahe Dienstleistungen, die ansonsten Kinder und Pflegebedürftige betreuen oder den Haushalt ausrichten würden.

Die Bestandaufnahme zeigt: Auch in Baden-Württemberg bestehen noch erhebliche Spielräume für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote. Andererseits gibt es auch einen zusätzlichen mittelfristigen Effekt, wenn Frauen durch ein höheres Vertrauen auf attraktive Betreuungsangebote ihr Ausbildungsverhalten verändern und nach der Schulphase – in der Frauen bereits heute besser abschneiden als Männer – sich zunehmend auch bei der Wahl der Berufsausbildung auf eine höhere Erwerbsbeteiligung und ein intensiveres Engagement im Beruf einstellen.

Außerdem liegt der Schluss nahe, dass die hohe Frauenerwerbsquote im ländlichen Raum noch mit intakten klassischen Familienstrukturen mit einer entsprechenden Unterstützung zwischen den Generationen einhergeht. Dieses traditionelle Lebensmodell wird aber auch in ländlichen Regionen zunehmend durch stärkere Individualisierungstendenzen verdrängt. Eine veränderte Familienpolitik kann deshalb dazu beitragen, negative Effekte des Aufbrechens traditioneller Familienstrukt-

Auch in Baden-Württemberg bestehen noch erhebliche Spielräume für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote.

16 Jens Ridderbusch, Statistisches Monatsheft 06/2005: Erwerbsbeteiligung und Kinderbetreuung im regionalen Vergleich; Basisdaten des Statistischen Landesamtes vom März 2004

17 Jens Ridderbusch, Statistisches Monatsheft 06/2005: Erwerbsbeteiligung und Kinderbetreuung im regionalen Vergleich; Basisdaten des Statistischen Landesamtes vom März 2004

ren zumindest teilweise ausgleichen und ein Absinken der Frauenerwerbsquote vermeiden.

Prämisse der nachfolgend beschriebenen Ansatzpunkte ist es deshalb, durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine gezielte Förderung eines kinderfreundlichen Klimas, die Erwerbsbeteiligung von Frauen und das von ihnen geleistete Arbeitsvolumen nachhaltig zu stabilisieren und weiter zu erhöhen. Mittelfristig wird eine Erhöhung der Geburtenrate in Baden-Württemberg durch ein kinderfreundliches gesellschaftliches Klima angestrebt.

Die Landesregierung hat den Handlungsbedarf bereits erkannt und die Initiative »Kinderfreundliches Baden-Württemberg« aufgesetzt. Die nachfolgenden Vorschläge dienen zur Unterstützung und Weiterentwicklung dieser Initiative.

1.1 Betreuungsmöglichkeiten verbessern

Die beschriebene Situation in Baden-Württemberg erfordert einen schnellen Ausbau der Kinderbetreuungsangebote. Dabei bieten sich für ein wirtschaftstarkes Land wie Baden-Württemberg folgende Zielsetzungen an:

:: Die Vielfalt der Betreuungsangebote ist zu erhöhen. Dies gilt insbesondere für einen Ausbau von Ganztagesangeboten für Kinder im Alter von 3–6 Jahren und bei Grundschulkindern. Hierbei sollte eine Abdeckung von acht Stunden als Regelangebot erreicht werden.

:: Bei den unter 3-Jährigen ist eine Platzzahl von insgesamt rund 70.000–80.000 Krippenplätzen bis zum Jahr 2020 anzustreben. Dies entspricht knapp dem Anteil der baden-württembergischen Bevölkerung am Programm der Bundesregierung zur Einrichtung von 750.000 Plätzen bundesweit. Für ein Bundesland in wirtschaftlicher Spitzenposition ist der Wert eher als vorsichtig anzusehen. Bayern strebt mit seinem Konzept »Bayern Zukunft 2020« einen Wert von 66.000 Plätzen im selben Zeitraum an.¹⁸

:: Zur Beschleunigung des Ausbaus ist neben dem Angebot von öffentlichen Einrichtungen und dem von freien Trägern auch der Ausbau von privaten Kinderbetreuungsplätzen zu forcieren. Dies gilt einerseits für betriebsnahe Kindergärten, welche häufig den Vorteil einer guten Abstimmung mit den spezifischen Arbeitszeitanforderungen der Eltern haben und auch die Wirtschaft direkt finanziell am Ausbau der Kinderbetreuung beteiligen. Andererseits sollte privates Kapital etwa im Rahmen von Public Private Partnership Modellen (PPP) eingebunden werden. Über die Zusage von langfristigen Betriebszuschüssen an private Betreiber kann kurzfristig erheblich mehr Investitionskapital mobilisiert werden, als wenn rein über öffentliche Zuschüsse gebaut wird. Eine PPP-Initiative des Landes im Bereich der Kinderbetreuung könnte somit Baden-Württemberg den notwendigen Schub in Richtung eines Spitzenplatzes bei der Kinderbetreuung bringen und einen zeitlichen Vorsprung gegenüber anderen Bundesländern ermöglichen.

Prämisse der nachfolgend beschriebenen Ansatzpunkte ist es, durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine gezielte Förderung eines kinderfreundlichen Klimas, die Erwerbsbeteiligung von Frauen und das von ihnen geleistete Arbeitsvolumen nachhaltig zu stabilisieren und weiter zu erhöhen.

Die Vielfalt der Betreuungsangebote ist zu erhöhen.

Bei den unter 3-Jährigen ist eine Platzzahl von insgesamt rund 70.000 – 80.000 Krippenplätzen bis zum Jahr 2020 anzustreben.

Der Ausbau von privaten Kinderbetreuungsplätzen ist zu forcieren.

¹⁸ Bayerische Staatskanzlei (2007): Zukunft Bayern 2020, S. 159

Zur Überprüfung der Umsetzung der ambitionierten Ziele bietet es sich an, Teilschritte für jede Legislaturperiode bis 2020 zu formulieren. Sinnvolle Meilensteine berücksichtigen die bereits heute bekannten Kapazitätsfaktoren. Dazu zählen beispielhaft die Anzahl genehmigter Bauanträge für Kinderbetreuungseinrichtungen, die Anzahl der Erzieherinnen und Erzieher in Ausbildung oder der Grad der Flexibilisierung von Arbeitszeiten in der Kinderbetreuung.

Die Nachfragemacht der Eltern bei der Auswahl von Betreuungsangeboten ist erheblich zu stärken. Dies könnte etwa über die Ausreichung von Betreuungsgutscheinen geschehen, welche die bisherigen direkten Zuschüsse an die Anbieter ersetzen.

Um die Qualität des Betreuungsangebotes trotz der erheblichen Ausweitung zu sichern, bietet es sich an, die Nachfragemacht der Eltern bei der Auswahl von Betreuungsangeboten erheblich zu stärken. Dies könnte etwa über die Ausreichung von Betreuungsgutscheinen geschehen, welche die bisherigen direkten Zuschüsse an die Anbieter ersetzen. Der Wettbewerb zwischen den Kinderbetreuungseinrichtungen würde damit gefördert und die Abhängigkeit der Eltern von den bestehenden (auch öffentlichen) Anbietern vermindert.

Einzelne Unternehmen haben Familienfreundlichkeit bereits als betriebsinternes Ziel definiert – die Bandbreite reicht von kleinen oder mittelständischen Firmen bis hin zu global agierenden Großunternehmen. Beispielsweise bietet die mittelständische Gerhard Rösch GmbH aus Tübingen einen kostenfreien Betriebskindergarten an und hat sich einer Reihe von familienpolitischen Leitlinien verpflichtet. Für die Rösch GmbH gehört Familienfreundlichkeit zur Tradition: Den Betriebskindergarten gibt es seit 1972. Die mehr als 4000 Beschäftigten der Sick AG profitieren von der Flexibilität ihres Arbeitgebers. Mehr als 50 individuelle Teilzeitmodelle erleichtern, den Erfolg im Beruf mit einem erfüllten Privatleben zu vereinen. Die Wirtschaftszeitschrift Capital kürte die Sick AG im Jahr 2007 zu Deutschlands bestem Arbeitgeber.

1.2 Familienpolitische Leistungen auf ihre Anreizwirkung überprüfen

Auch in Baden-Württemberg sollten familienpolitische Leistungen stärker auf ihre Wirkung hinsichtlich einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf überprüft und bei Bedarf modifiziert werden.

So bietet es sich in Baden-Württemberg an,

Anreiz zur frühzeitigen Arbeitsaufnahme setzen.

:: zusätzlich zum Elterngeld einen landesspezifischen Anreiz zur frühzeitigen Arbeitsaufnahme zu setzen (etwa bereits nach einer Erziehungspause von 9 Monaten).

Anspruch auf ein Betreuungsangebot absichern, der den Eltern tatsächlich eine Arbeitsaufnahme ermöglicht.

:: für Familien, die Leistungen nach dem Arbeitslosengeld II beziehen, einen Anspruch auf ein Betreuungsangebot abzusichern, der den Eltern tatsächlich eine Arbeitsaufnahme ermöglicht. Eine solche Maßnahme wäre auch ein aktiver Beitrag zur Bekämpfung von Kinderarmut, indem das Grundübel, nämlich die Arbeitslosigkeit der Eltern, beseitigt wird. Gerade die aktuell positive Arbeitsmarktsituation in Baden-Württemberg bietet hierzu gute Chancen. Der Anspruch könnte durch einen Landeszuschuss an die Kommunen realisiert werden.

Förderung junger Eltern verbessern, in dem über attraktive Betreuungsangebote z.B. an Hochschulen das Kinderkriegen erleichtert wird.

:: die Förderung gerade junger Eltern zu verbessern, in dem über attraktive Betreuungsangebote z.B. an Hochschulen das Kinderkriegen vor der intensiven Arbeitsphase zwischen 30 und 40 erleichtert wird.

Im Gegenzug sollten familienpolitische Leistungen ohne positive Anreizwirkung in Bezug auf den Arbeitsmarkt überprüft werden. Dies gilt z.B. für das Landes-erziehungsgeld.

Verschiedene Studien legen nahe, dass sich Geburtenraten zumindest langfristig auch durch politisch gesetzte finanzielle Anreize verändern lassen. So schätzen Laroque und Salanié für Frankreich, dass sich die Geburtenraten durch finanzielle Anreize um rd. 5% erhöhen.¹⁹ Besonders wichtig für eine höhere Geburtenrate ist aber auch eine höhere gesellschaftliche Wertschätzung von Kindern.²⁰

1.3 Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Angehörigenpflege verbessern

Neben der Frage der Kinderbetreuung stellt die zunehmende Zahl von Pflegefällen die Familien vor neue Heraus- und Überforderungen. Es ist absehbar, dass insbesondere berufstätige Frauen aus dem Erwerbsleben ausscheiden werden, wenn die Möglichkeit zur Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Angehörigenpflege nicht erheblich verbessert wird. Dies bedeutet, die häusliche Pflege der Großelterngeneration etwa durch die legale Beschäftigungsmöglichkeit für bezahlbare Pflegekräfte zu stärken.

1.4 Kinder dauerhaft zum »Normalfall« der Lebensplanung machen

Allein mit wirtschaftlichen Anreizen wird es kein dauerhaft kinderfreundliches Baden-Württemberg geben. Mit seiner Geburtenrate von knapp 1,4 kann auch Baden-Württemberg seine Bevölkerungszahl nicht halten. Um das Ziel, das kinderfreundlichste deutsche Bundesland zu sein, zu erreichen, bedarf es einer Landespolitik, die in allen Politikbereichen die Bedürfnisse von Familien und Kindern mitdenkt und das Leben mit Kindern im Alltag erleichtert.

Um als besonders familienfreundliches Bundesland herauszustechen, könnte Baden-Württemberg den bereits seit 1979 bestehenden Familienpass ausweiten. Bisher erhalten Familien mit mindestens drei Kindern bzw. Alleinerziehende mit mindestens einem Kind durch den Familienpass Vergünstigungen in staatlichen Einrichtungen wie Museen. Der neue Familienpass würde allen Familien offen stehen und mehr Leistungen bieten. Die erweiterte Familienkarte könnte entweder als Rabatt, Zahlungs- oder Punktesammelkarte angeboten werden. Auch eine Kombination verschiedener Funktionalitäten wäre denkbar. Ausgewählte familienfreundliche Leistungen könnten in Form von Guthaben auf die Karte geladen und von den Familien eingelöst werden. Denkbar sind beispielsweise Kinderbetreuungsgutscheine, Bildungsmaßnahmen für junge Eltern oder Rabatte auf familienfreundliche Produkte. Die Familienkarte bessert die Haushaltskasse von Familien auf – und bietet Landes- und Kommunalpolitik familienpolitische Steuerungsmöglichkeiten.

19 Guy Laroque und Bernard Salanie (2005): »Does Fertility Respond to Financial Incentives«, discussion paper

20 Auf die Unterschiede und die Bedeutung des gesellschaftlichen Klimas vgl. z.B. Institut für Demoskopie Allensbach (2007): Einflussfaktoren auf die Geburtenrate – ein deutsch-französischer Vergleich

Oberösterreich hat mit vergleichbaren Modellen gute Erfahrungen gemacht. Bei der Familienkarte mit Zahlungsfunktion nimmt die Stadt Stuttgart bundesweit eine Vorreiterrolle an. Jährlich wird ein Guthaben von 90 EUR auf die Karte geladen – allerdings erhalten nur Familien mit einem Haushaltseinkommen unter 70.000 EUR und Kindern bis 16 Jahre den Bonus der FamilienCard. Das Guthaben kann beispielsweise in Musikschulen, Sportvereinen und Waldheimen eingelöst werden.

2 Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Technologie

Die mit dem demographischen Wandel einhergehende Alterung der Gesellschaft macht enorme Anstrengungen erforderlich:

Das Erwerbspersonenpotenzial muss erhalten/ausgebaut werden.

:: Das Erwerbspersonenpotenzial muss erhalten und ausgebaut werden. Hier gilt es für Baden-Württemberg bis 2030 einen Rückgang von ca. 765.000 Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren zumindest teilweise auszugleichen. Gleichzeitig gilt es, die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft zu erhalten und auszubauen (vgl. hierzu Handlungsfeld Bildung, Wissenschaft und Forschung).

Der Seniorenmarkt muss als Wachstumsfeld gezielt erschlossen werden.

:: Der Seniorenmarkt muss als Wachstumsfeld gezielt erschlossen werden. Tourismus, Wohnen, »Zweiter« Gesundheitsmarkt sind beispielhafte Felder, in denen für Baden-Württemberg direkt Märkte erschlossen werden können – und zwar nicht nur für die Großindustrie, sondern gerade auch für kleinere und mittlere Unternehmen.

2.1 Erhalt und Ausbau des Erwerbstätigenpotenzials

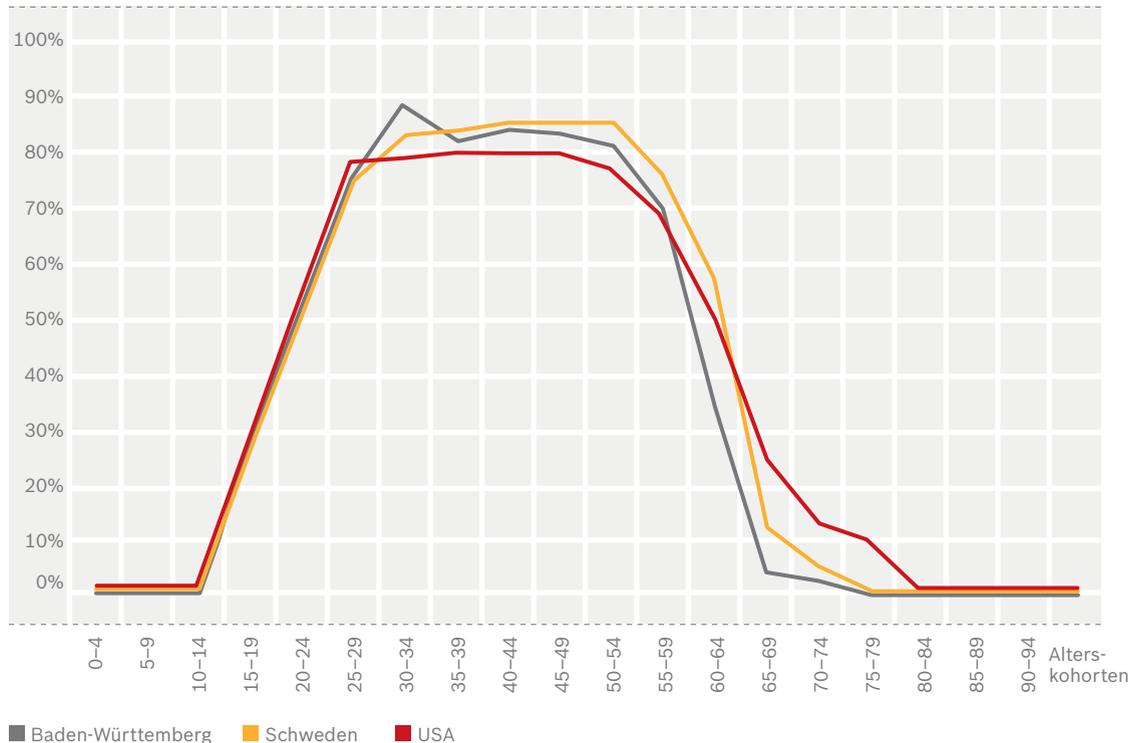
Um auch künftig Wachstum zu erzielen, muss der Anteil der Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung steigen, um den demographiebedingten Rückgang bei den Personen im erwerbsfähigen Alter zu kompensieren. Höhere Beschäftigungsquoten führen zu einem Anstieg der geleisteten Arbeitsstunden und damit auch zu einem höheren BIP.

Baden-Württemberg besitzt schon jetzt vergleichsweise hohe Erwerbsquoten. Dies gilt sowohl bei Frauen (siehe 1 Familie und Gesellschaft) als auch bei Älteren. Von diesen Quoten profitiert das Land schon heute. Da aber über Zuwanderung nur ein Teil des demographischen Wandels kompensiert werden kann, bedeutet dies, dass selbst bei einem bereits hohen Niveau die Erwerbsquoten noch weiter gesteigert werden müssen.

Es lohnt sich, die Erwerbsquoten zu erhöhen: Gelingt es bis 2025, die Erwerbstätigenquote der 30- bis 65-Jährigen auf ein internationales Spitzenniveau zu steigern, kann der demographische Effekt in Baden-Württemberg weitgehend kompensiert werden.

Es lohnt sich, die Erwerbsquote zu erhöhen: Gelingt es bis 2025, die Erwerbstätigenquote der 30- bis 65-Jährigen auf ein internationales Spitzenniveau und damit leicht über das Niveau von Schweden zu steigern und die Quote der über 65-Jährigen auf das Niveau der USA zu heben, kann der demographische Effekt in Baden-Württemberg weitgehend kompensiert werden.

A 9 | Erwerbstätigenquoten nach Alterskohorten – Baden-Württemberg, Schweden, USA



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2007), OECD (2006) und Roland Berger

Das heißt konkret, dass bei den Alterskohorten zwischen 30 und 55 Jahren eine Quote von bis zu 90 % zu erreichen ist. Dies setzt insbesondere voraus, dass der Anteil an erwerbstätigen Frauen weiter steigt. Der höchste Wert für eine der mittleren Alterskohorten liegt heute noch bei rd. 88 % in der Altersgruppe 30-35 Jahre, sinkt danach aber wieder auf Werte um 85%.²¹

Bei den 60- bis 65-Jährigen darf die Quote nicht mehr bereits wie heute auf 34 % sinken, sondern muss auf schwedisches Niveau (78 %), bei den über 65-Jährigen auf amerikanisches Niveau (26 % bei den 65- bis 70-Jährigen) steigen.

Politik, Unternehmen und Bürger sind gemeinsam gefordert, Maßnahmen zu ergreifen, die dies ermöglichen. Insbesondere wird es darum gehen, Ältere länger in den betrieblichen Abläufen zu halten. Dies erfordert den Abbau der derzeit noch bestehenden Anreize, frühzeitig aus dem Arbeitsmarkt auszusteigen, eine Senkung der Hürden ältere Mitarbeiter einzustellen, aber auch die Bereitschaft der Unternehmen, z.B. durch gezielte Weiterbildung langfristig die Voraussetzungen für leistungsfähige Erwerbsarbeit bis zum gesetzlichen Rentenalter zu schaffen. Verbesserte Beschäftigungschancen von Älteren dürfen aber nicht zu Lasten der Beschäftigung von jungen Menschen oder Berufseinsteigern gehen.

Bestehende Anreize abbauen, frühzeitig aus dem Arbeitsmarkt auszusteigen und Hürden senken, ältere Mitarbeiter einzustellen. Bereitschaft der Unternehmen stärken, durch gezielte Weiterbildung langfristig die Voraussetzungen für leistungsfähige Erwerbsarbeit bis zum gesetzlichen Rentenalter zu schaffen.

²¹ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2007): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit sowie eigene Berechnungen

Besonders die Erhöhung der Erwerbstätigkeit im Alter wird nicht nur die geleisteten Arbeitsstunden steigern, sondern ist auch erforderlich, um längere Beitragszeiten für die Rentenversicherung zu erreichen und das Einkommen im Alter aus Rente und Kapitaleinkommen um eine weitere Quelle zu ergänzen.

Jugendarbeitslosigkeit

Jugendarbeitslosigkeit abbauen.

Zunächst gilt es, die Jugendarbeitslosigkeit so umfassend wie möglich abzubauen. Selbst in Baden-Württemberg mit seiner exzellenten Arbeitsmarktsituation sind 32.800 Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren arbeitslos gemeldet.²² Addiert man hierzu die Jugendlichen, die aufgrund einer Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nicht als arbeitslos gezählt werden, steigt die Zahl sogar auf rd. 40.000. Viele Jugendliche können erst in den Arbeitsmarkt integriert werden, wenn sie soziale Grundfertigkeiten wieder erlernt und grundlegende Qualifikationen erworben haben. Bei den Fördermöglichkeiten insbesondere der Bundesagentur für Arbeit stößt in diesem Feld eine große Gruppe an die Grenzen der Leistungsfähigkeit. Eine Heranführung an den ersten Arbeitsmarkt lässt sich oftmals nur durch eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft bewerkstelligen.

Eine besondere Herausforderung stellt die bessere Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund dar. Die Integration von Ausländern – insbesondere der Jugendlichen – muss verstärkt gefördert, aber auch eingefordert werden (vgl. hierzu Handlungsfeld Integration).

Ältere Menschen länger in Beschäftigung halten

Die Älteren werden in Zukunft nicht nur länger leben, sondern auch länger aktiv am Erwerbsleben teilhaben.

Die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre weist in die richtige Richtung: Die Älteren werden in Zukunft nicht nur länger leben, sondern auch länger aktiv am Erwerbsleben teilhaben. Allerdings setzt eine Erhöhung des Renteneintrittsalters entsprechende Beschäftigungsmöglichkeiten in Unternehmen voraus. Die Gegner einer Erhöhung des Renteneintrittsalters weisen zu Recht auf die geringen Chancen hin, die Ältere derzeit am Arbeitsmarkt haben.

Laut aktuellem Altenbericht der Bundesregierung haben rd. 41 % der Betriebe in Deutschland keine Erfahrungen mehr mit der Beschäftigung von über 50-Jährigen. Hier wird wertvolles Potenzial verschenkt. Dafür gibt es mehrere Gründe, die – unabhängig vom Renteneintrittsalter – anzugehen sind. Noch immer verfolgen viele Unternehmen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten die Strategie, ältere Mitarbeiter zu Lasten der Sozialversicherungen abzubauen. Sind Ältere erst einmal arbeitslos geworden, versperren tarifliche Regelungen, das Senioritätsprinzip bei der Entlohnung und Regelungen zum Kündigungsschutz vielen den Wiedereintritt. Zudem gibt es in der Arbeitslosigkeit Anreize, sich vollständig aus dem Arbeitsmarkt abzumelden und trotzdem weiter staatliche Transferleistungen zu beziehen. Beispielsweise ermöglicht das »Arbeitslosengeld unter erleichterten Voraussetzungen«, Leistungen zu beziehen, ohne aktiv Arbeit zu suchen.

In Zukunft werden die Grenzen zwischen Erwerbstätigkeit und Rente durchlässiger werden (müssen). In den USA gehen bereits heute 26% der 65-70-Jährigen einer zumindest geringfügigen Beschäftigung nach. Um diese Entwicklung auch in Deutschland zu realisieren, sind eine Reihe von Maßnahmen erforderlich: Die Sozialpartner sind gefordert, Tarifverträge derart anzupassen, dass Ältere nicht aus dem Arbeitsmarkt verdrängt werden. Erforderlich sind größere Freiräume für Unternehmen und ältere Arbeitnehmer bei der Entlohnung, der Arbeitszeitgestaltung und der Definition der Beschäftigung.

In Zukunft werden die Grenzen zwischen Erwerbstätigkeit und Rente durchlässiger. In den USA gehen bereits heute 26% der 65-70-Jährigen einer zumindest geringfügigen Beschäftigung nach.

Die Unternehmen sind gefordert, Mitarbeiter länger im Arbeitsprozess zu halten. Denn die ältere Generation hätte die Möglichkeit – gerade auch bei der insgesamt guten Gesundheit der Bundesbürger²³ –, weit länger am Erwerbsleben teilzuhaben, als dies heute tatsächlich der Fall ist. Zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit ihrer Belegschaft hat sich die Gambro Dialyse GmbH aus Hechingen verpflichtet. Auf Arbeitgeberkosten können die Mitarbeiter Vorsorgeuntersuchungen durchführen lassen, Sport treiben, eine Rückenschule besuchen – sogar Gripeschutzimpfungen gehören zum Programm. Gesundheitsbewusste Mitarbeiter sammeln Gesundheitspunkte, mit denen sie z.B. ein Wellness-Wochenende gewinnen können.

Wichtig ist aber auch, die Voraussetzungen zu schaffen, um die Stärken älterer Arbeitnehmer wirklich zu nutzen. So zeigt eine Studie in der LKW-Fertigung bei Daimler-Chrysler, dass die Fehlerrate in der Produktion bei Teams mit höherem Durchschnittsalter nicht höher ist als bei »jüngeren« Teams.²⁴

Die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer ist für Unternehmen aber kein Selbstzweck. Schon jetzt merken viele Unternehmen, dass nicht in allen Fällen der Bedarf an qualifizierten Fachkräften gedeckt werden kann. Entsprechend muss angestrebt werden, das vorhandene Know-how älterer Arbeitnehmer zu nutzen und längstmöglich im Unternehmen zu halten. Das Prinzip des »lebenslangen Lernens« muss konsequent in der betrieblichen Personalpolitik verankert werden.

Das Prinzip des »lebenslangen Lernens« muss konsequent in der betrieblichen Personalpolitik verankert werden.

Bereits heute greift die Weleda AG als Hersteller von Produkten zur ganzheitlichen Körperpflege systematisch auf Wissen und Erfahrung verdienter Kollegen zurück. Ein Informationsnetzwerk zwischen Beschäftigten und Ruheständlern sichert den Wissenstransfer. Weitere Maßnahmen zur Integration älterer Arbeitnehmer sind beispielsweise speziell für ältere Arbeitnehmer konzipierte Fortbildungskurse. Ältere Arbeitnehmer können ein Altersteilzeitmodell für den gleitenden Ausstieg nutzen. Mittelfristig sollte angestrebt werden, die Beteiligungsquoten am lebenslangen Lernen von derzeit rd. 7% auf die Werte von Ländern wie den Niederlanden (rd. 15%) zu verdoppeln. Die skandinavischen Länder oder die Schweiz erreichen Werte von an die 30%.²⁵

Die Beteiligungsquoten am lebenslangen Lernen von derzeit rd. 7% müssen sich verdoppeln auf die Werte von Ländern wie den Niederlanden (rd. 15%). Die skandinavischen Länder oder die Schweiz erreichen sogar Werte von 30 Prozent.

23 Deutsche verbringen gut 71,8 Lebensjahre in »guter Gesundheit«. Trotz deutlich höherer Erwerbsquoten im Alter liegt dieser Wert in den USA nur bei 69,3 Jahre. Vgl. Nicholas Eberstadt und Hans Groth, »Healthy Old Europe« (2007), Foreign Affairs, Vol. 86 Nr. 3

24 Mannheimer Research Institute for the Economics of Aging (2006): Whether Young of Old – The Performance in the Team remains constant, No 13/10, Mannheim. Für einen Überblick vgl. Dr. Matthias Weiss (Ansprechpartner); Prof. Axel Börsch-Supan; Dipl.-Wi.-Ing. Ismail Düzgün (2006): Altern und Produktivität

25 EUROSTAT (2006): EU Labour Force Survey

Gerade die Innovationsfähigkeit der Unternehmen ist gefährdet, wenn das Wissen hoch qualifizierter Mitarbeiter »in Rente« geht. Aufgrund des demographischen Wandels wird es für viele Unternehmen in Baden-Württemberg langfristig schwer werden, neues Personal für F&E-Aktivitäten zu gewinnen. Schon heute arbeiten rd. 76.500 Mitarbeitern im F&E-Bereich in Unternehmen in Baden-Württemberg. Durch die Zunahme der Wertschöpfung im industriellen Hochtechnologiebereich, der in Baden-Württemberg strukturprägend ist, ist grundsätzlich mit steigenden Zahlen zu rechnen. Dass dieser Bedarf gedeckt werden kann, ist für den Erhalt der technologischen Leistungsfähigkeit des Landes von entscheidender Bedeutung. Der Energie- und Automationskonzern ABB hat zu Beginn des Jahres 2007 eine integrierte Strategie vorgelegt, um der demographischen Herausforderung zu begegnen. Eckpunkte sind generationenübergreifende Zusammenarbeit, beispielsweise durch junior und senior Projektleitungsteams, ein ganzheitliches Gesundheitsmanagement sowie maßgeschneiderte Entgelt- und Arbeitszeitmodelle. ABB bietet erfahrenen Mitarbeitern den gleitenden Ausstieg in die Rente und Familien geldwerte Zusatzleistungen.

SAP ermöglicht eine langfristige Lebensarbeitszeitplanung durch Einrichtung von Langzeit- und Lebensarbeitszeitkonten.

Auch andere Unternehmen sind aktiv geworden, um Wissen in der Firma zu halten und Erfahrung und die Produktivitätspotenziale älterer Mitarbeiter besser zu nutzen. SAP ermöglicht eine langfristige Lebensarbeitszeitplanung durch Einrichtung von Langzeit- und Lebensarbeitszeitkonten. Automobilhersteller experimentieren mit speziellen Fertigungslinien für ältere Mitarbeiter. IKEA rekrutiert in seinen deutschen Filialen zunehmend auch ältere Mitarbeiter – insbesondere, um ältere Kunden besser ansprechen zu können. Zudem wurde eine Mitarbeiterinitiative gestartet, in der Ziele und Maßnahmen für die Beschäftigung Älterer definiert werden.

IKEA rekrutiert in seinen deutschen Filialen zunehmend auch ältere Mitarbeiter.

2.2 Demographischen Wandel als Wirtschaftsmotor nutzen

Wenn eine Bevölkerung sich so deutlich wandelt, verändern sich auch Angebot und Nachfrage. Neue Zielgruppen entstehen und entsprechend werden die Gestaltung von Produkten und Dienstleistungen, Marketing und Markenstrategien angepasst.

Bereits heute sind die über 50-Jährigen in vielen Gütergruppen für annähernd 50 Prozent der Konsumausgaben verantwortlich.

Bereits heute sind die über 50-Jährigen in vielen Gütergruppen für annähernd 50 % der Konsumausgaben verantwortlich. Damit sind sie jetzt schon weit einflussreichere Konsumenten als z.B. ihre Präsenz in der Werbung suggeriert.²⁶

Haushalte in der Alterskategorie 50-64 Jahren haben im Vergleich die höchsten Konsumbudgets. Mit Erreichen des Rentenalters sinken die Ausgaben je Haushalt um durchschnittlich 20 %, nochmals knapp 20 % weniger geben die Haushalte der über 75-Jährigen für den privaten Verbrauch aus.

Menschen verschiedenen Alters konsumieren auch unterschiedlich.

Menschen verschiedenen Alters konsumieren auch unterschiedlich. Beispielsweise geben über 75-Jährige relativ zu ihrem verfügbaren Einkommen mehr als doppelt so viel für ihre Gesundheit aus wie 20- bis 49-Jährige. Über 75-Jährige haben einen bis zu 40 % höheren Anteil an Energiekosten, aber nur einen halb so großen bei Verkehrsmitteln und Transportdienstleistungen.

²⁶ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2007): Studie Wirtschaftsmotor Alter

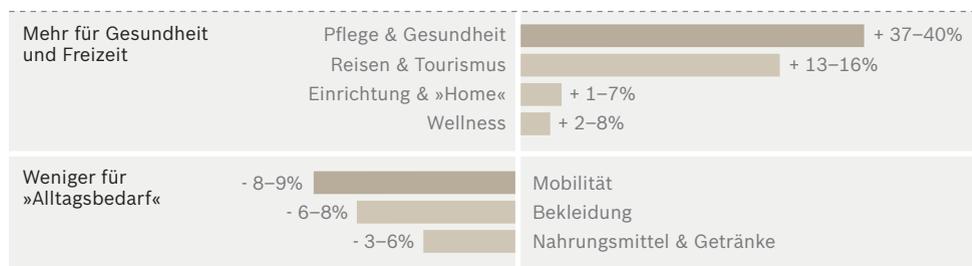
Im Rahmen der Studie Wirtschaftsmotor Alter im Auftrag des BMFSEJ wurden mit Hilfe einer multivariaten Analyse die Effekte der Alterung auf die Konsumstruktur modelliert. In einem idealtypischen Nachfragesystem wurden die wichtigsten Determinanten der Konsumveränderung auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes bestimmt und dabei umfangreiche Faktoren berücksichtigt (Konsumverhalten in den Altersgruppen im Zeitverlauf, Haushaltscharakteristika wie Einkommen, Größe, Kinderzahl oder Erwerbsstruktur).

Das Ergebnis zeigt, dass das Altern und die entsprechend veränderten Präferenzen zu verändertem Nachfrageverhalten führen. Alterung wird maßgeblich die Güter- und Dienstleistungsmärkte verändern, aber nicht zu strukturellen Brüchen im Konsumverhalten führen.

Die Älteren sind ganz klar ein Wirtschaftsmotor: Während die Gruppe der 20 bis 49 bis 2035 rund 6 Prozentpunkte am gesamtwirtschaftlichen Konsumanteil verlieren wird (das entspricht einem Rückgang um 12,5%), werden die Älteren auf 58% zulegen. Dabei gewinnen v.a. die Konsumenten, die älter als 65 sind.

»Inhaltliche« Veränderungen in Bezug auf den Anteil an den Gesamtausgaben wird es v.a. bei zwei Gruppen von Gütern/Dienstleistungen geben: »Pflege und Gesundheit« und »Reisen und Hotel«. Ihre Ausgabenanteile werden alleine aufgrund der demographischen Entwicklung bis zum Jahr 2035 deutlich steigen. Andere, z.B. Nahrungsmittel und Bekleidung, werden geringere Anteile verzeichnen.

A 10 | Veränderung der Anteile am Gesamtkonsum



Quelle: Roland Berger

Zusätzlich zu den rein »demographischen« Effekten wird aber auch der Wandel der Präferenzen zur Veränderung des Konsums älterer Menschen beitragen. Die älteren Menschen von morgen unterscheiden sich deutlich von den älteren Konsumenten heute.

Ältere Konsumenten haben ein relativ scharf abgegrenztes konservatives Konsumprofil, das sich deutlich von jüngeren Konsumenten abhebt. Ältere favorisieren dabei Werte wie »Altruismus« und Leistungskriterien wie »Service« und »Qualität«. Gleichzeitig zeigen sie eine - aus Unternehmenssicht interessante - geringere Preissensitivität auf, die sich in einer Ablehnung von Werten wie »Schnäppchen-Mentalität« zeigt.

Die Älteren sind ein Wirtschaftsmotor: Während die Gruppe der 20 bis 49 bis 2035 rund 6 Prozentpunkte am gesamtwirtschaftlichen Konsumanteil verlieren wird, werden die Älteren auf 58% zulegen. Dabei gewinnen v.a. die Konsumenten, die älter als 65 sind.

Die älteren Menschen von morgen unterscheiden sich deutlich von den älteren Konsumenten heute.

Ältere Konsumenten haben ein relativ scharf abgegrenztes konservatives Konsumprofil, das sich deutlich von jüngeren Konsumenten abhebt. Ältere favorisieren dabei Werte wie »Altruismus« und Leistungskriterien wie »Service« und »Qualität«. Gleichzeitig zeigen sie eine - aus Unternehmenssicht interessante - geringere Preissensitivität auf.

Hinter der zuvor dargestellten gesamtwirtschaftlichen Projektion verbergen sich schon heute zahlreiche Anpassungsprozesse, die Unternehmen vornehmen. Viele Unternehmen haben bereits auf die Verlängerung der Lebenserwartung, einen veränderten Lebensstil und Bedürfnisse reagiert. Senioren verhalten sich heute tendenziell wie früher die 40-Jährigen: Sie sind genuss- und service-orientiert und durchaus konsumbereit.

Wirtschaft und Politik müssen den Veränderungen in der Nachfragestruktur in den unterschiedlichen Feldern frühzeitig begegnen. Dies gilt umso mehr, als diese Entwicklung in allen Volkswirtschaften eintreten wird. Gerade Baden-Württemberg kann sich bei frühzeitiger Berücksichtigung der differenzierten Produkthanforderungen von Älteren als besonders exportstarkes Land einen dauerhaften Wettbewerbsvorsprung und zukünftige Märkte sichern.

Handlungsmöglichkeiten gibt es z. B. in folgenden Feldern:

Reisen und Tourismus

Schon heute geben Menschen über 75 Jahre 13,2 % ihres Konsumbudgets für Reisen und aktive Freizeitgestaltung aus. Dieser Anteil wird in den nächsten 25 Jahren voraussichtlich um mehr als 15 % wachsen. Gleichzeitig verbringen immer mehr Menschen ihren Urlaub in Deutschland. Einige Bundesländer haben ihre Tourismus-Strategie auf die »Best-Ager« ausgerichtet – auch für Baden-Württemberg bieten sich bisher ungenutzte Chancen. Eine abgestimmte Tourismusstrategie erfordert z.B. die Entwicklung einer überregionalen Ansprachestrategie spezieller Zielgruppen, gebündelte Verantwortungen auf Seiten der für Tourismus zuständigen Organisationen, gezielte Zusammenarbeit mit Tourismus-Anbietern sowie die Schaffung von »Leuchttürmen« und Netzwerken, um besonders gute Angebote zu fördern und zu verbreitern. Als gutes Beispiel bei entsprechenden Angeboten gilt Österreich. So hat z.B. das Bundesland Tirol seine Angebote konsequent auf Zielgruppen und deren Bedürfnisse zugeschnitten. Dabei wurden für das Bundesland die bestehenden Organisationsstrukturen gestrafft und auf die Marketingstrategie hin ausgerichtet.

Einige Bundesländer haben ihre Tourismus-Strategie auf die 'Best-Ager' ausgerichtet – auch für Baden-Württemberg bieten sich bisher ungenutzte Chancen.

Wohnen und haushaltsnahe Dienstleistungen

Auch für den Komplex Wohnen werden große Teile des verfügbaren Einkommens ausgegeben. Das Ausgabevolumen von Menschen über 65 Jahre für diesen Komplex liegt nach Schätzungen derzeit in Baden-Württemberg bei rd. 9 Mrd. EUR p.a.²⁷

Zukünftig wird dieser Ausgabenbereich wichtiger werden. Der Großteil der älteren Bevölkerung hat den Wunsch möglichst lange selbstbestimmt in »den eigenen vier Wänden« zu leben, gerade auch wenn die Mobilität eingeschränkt bzw. Pflege erforderlich wird. Viele Bestandsimmobilien bieten diese Möglichkeiten jedoch nicht.

²⁷ Eigene Berechnung, Zahlen DIW

Oftmals können aber bereits kleinere Änderungen große Verbesserungen bringen, der Einbau von neuer Technologie kann die Sicherheit und Eigenständigkeit der Bewohner/innen um ein Vielfaches steigern. Des Weiteren eröffnet die Betreuung von älteren Menschen in der eigenen Wohnung neue Geschäftsfelder für Dienstleistungen. Gleichzeitig kann ein flächendeckendes Angebot an haushaltsnahen Diensten auch den Verbleib in der eigenen Wohnung fördern.

Die Betreuung von älteren Menschen in der eigenen Wohnung eröffnet neue

Die Nachfrage nach haushaltsnahen Dienstleistungen wird sich deutlich verstärken. Im Feld der generationengerechten Modernisierung von Wohnraum sowie flankierender haushaltsnaher Dienstleistungen liegen insbesondere für die regionale Wirtschaft sowie die Handwerker große Chancen. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, ist die Bildung von neuen Allianzen und Netzwerken sinnvoll.

Geschäftsfelder für Dienstleistungen. Die Nachfrage nach haushaltsnahen Dienstleistungen wird sich deutlich verstärken.

Um die Startchancen neuer Geschäftsideen im Bereich von familienfreundlichen Dienstleistungen zu verbessern, hat die Robert Bosch Stiftung den Wettbewerb »Unternehmen Familie« ausgelobt. Insgesamt 1,8 Mio. Euro stehen für zwölf innovative Geschäftskonzepte im Feld der Familien unterstützende Dienstleistungen zur Verfügung. Jedes Projekt kann mit bis zu 150.000 Euro gefördert werden.²⁸

Gesundheit

Gerade der sogenannte zweite Gesundheitsmarkt, der alle privat finanzierten Produkte und Dienstleistungen rund um die Gesundheit umfasst, ist ein großes Wachstumsfeld. Viele dieser Leistungen werden durch den demographischen Wandel und die Strukturanpassungen in den sozialen Sicherungssystemen voran getrieben. Das Spektrum reicht von selbst finanzierten Vorsorge-Untersuchungen über Angebote der »medical wellness« bis zu frei verkäuflichen Arzneimitteln. In Deutschland wird das Marktvolumen auf rd. 49 Mrd. EUR, das Wachstum in den nächsten 15 bis 20 Jahren auf rd. 50% geschätzt.²⁹ In diesem Feld ergeben sich erhebliche Wachstumschancen. Dies gilt für Krankenversicherungen, aber auch für Medizintechnik- oder Pharma-Hersteller. Perspektivisch sollte Baden-Württemberg im Rahmen von Clusteransätzen darüber hinaus anstreben, gerade auch angrenzende Branchen in diesen Wachstumsprozess rund um Gesundheit einzubinden. Dazu zählen z.B. die Nahrungsmittel- oder Bekleidungsindustrie. Auch die sehr gut aufgestellten Universitätskliniken im Land können hier ihr Geschäftssystem z. B. mit Präventionsangeboten systematisch erweitern.

Gerade der sogenannte zweite Gesundheitsmarkt ist ein großes Wachstumsfeld.

In Deutschland wird das Marktvolumen auf rd. 49 Mrd. EUR geschätzt und das Wachstum in den nächsten 15 bis 20 Jahren auf rd. 50 Prozent.

Die klassischen Bereiche des ersten Gesundheitsmarktes und der Pflege werden ebenfalls weiter an Bedeutung gewinnen. Die Zukunft wird hier in Flexibilität und Kombination ambulanter und stationärer Pflege liegen. Hier könnte Baden-Württemberg innovative Modelle entwickeln und fördern.

²⁸ Robert Bosch Stiftung (2007): Weitere Informationen unter www.unternehmen-familie.de

²⁹ Roland Berger Strategy Consultants (2007), Der zweite Gesundheitsmarkt

Diese Branchen sind mit ihren Entwicklungsmöglichkeiten nur exemplarisch hervorgehoben. Wachstumsmöglichkeiten gibt es z.B. auch im Feld der Medien. Seniorinnen und Senioren sehen das Internet und andere technische Innovationen zunehmend als Verbündete im Alter, weil sie nützlich sind beim Erhalt eines selbst bestimmten Lebens. Von diesen Möglichkeiten macht bereits die nachrückende Generation von Seniorinnen und Senioren mit großer Selbstverständlichkeit Gebrauch, z.B. durch Online-Shopping oder das Abwickeln von Bankgeschäften von zu Hause aus. Elektronische Medien werden aber auch für Kontaktaufbau und -pflege mit Familienmitgliedern, Freunden und Altersgenossen z.B. über spezielle Internetforen für Seniorinnen und Senioren, Seniorenportale und Partner- oder Kontaktvermittlungen immer mehr genutzt. Auch der Bildungssektor stellt sich zunehmend auf die Bedürfnisse von Senioren ein: Es gibt spezifische Qualifizierungs- und Vermittlungsangebote für »Senior Experts«, im Bereich der Bildung werden Senioren-Akademien und Hochschulen geschaffen.

Die Potenziale des Seniorenmarktes werden noch nicht in allen Branchen und nicht von der Breite der Unternehmen ausgeschöpft. So können auch bereits laufende Experimente mit spezialisierten Warenhäusern und Supermärkten für Senioren nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Einzelhandel noch unausgeschöpfte Marktentwicklungsmöglichkeiten aufweist. Dabei kommt dem Handel durch seine Sortimentsfunktion und die direkte Schnittstelle zum Kunden eine besondere Bedeutung bei der Diffusion von relevantem Marktwissen und der Übersetzung der Konsumpräferenzen von Senioren für die vorgelagerten Konsumgüter- und Verpackungsmittelhersteller zu.

Wichtig für die Wachstumsperspektive von Unternehmen in Baden-Württemberg ist es, den wachsenden Seniorenmarkt frühzeitig zu erkennen.

Wichtig für die Wachstumsperspektive von Unternehmen in Baden-Württemberg ist deshalb, den wachsenden Seniorenmarkt frühzeitig zu erkennen. In Europa ist zwar Deutschland Vorreiter bei der Entwicklung altersgerechter Produkte. Aber schon heute sind uns japanische Unternehmen in vielen Feldern voraus.

Für Baden-Württemberg ergeben sich Handlungsmöglichkeiten in zahlreichen Feldern. Eine gezielte Förderung des Seniorenmarktes in Baden-Württemberg ist zielführend. So sollte die bestehende Clusterstrategie um entsprechende Ansätze insbesondere im Feld Gesundheitswirtschaft erweitert werden. Die baden-württembergischen Universitätskliniken mit ihrer herausragenden Leistungsfähigkeit und Positionierung können eine Schlüsselrolle spielen. Die Bildung von Netzwerken sollte durch Land, Kammern und Verbände und Unternehmensgründungen in diesem Feld unterstützt werden. Das Land könnte die Wirtschaft z.B. durch Schaffung eines Kompetenzzentrums der Wirtschaft (gegebenenfalls differenziert nach Märkten/Industrien) unterstützen, um systematisch die Bedürfnisse älterer Konsumenten zu untersuchen und insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen Hilfestellung bei Produktentwicklung und Ansprache zu geben.

Auch für Mittelstand und Handwerk sollten Impulse gesetzt werden. Z.B. können innovative und gleichzeitig bezahlbare Ideen für Modernisierungen von Wohnraum sowie verbindende Konzepte für haushaltsnahe Dienstleistungen im Rahmen eines Ideen-Wettbewerbs entwickelt werden. Auch der Aufbau regionaler Netzwerke/Verbünde aus z.B. Handwerkern, Finanzinstituten und Architekten kann dazu beitragen, modulare und günstig finanzierbare Wohnraummodernisierungen durchzuführen. Denkbar wäre auch ein landesweites Modernisierungsprogramm für generationengerechten Wohnraum.

3 Bildung, Wissenschaft und Forschung

Bildung, Wissenschaft und Forschung sind ein zentrales Handlungsfeld, um dem demographischen Wandel erfolgreich zu begegnen:

:: Eine moderne und vorausschauende Bildungspolitik kann den Anteil der Erwerbsfähigen an der Bevölkerung steigern z.B. durch eine Verkürzung der Ausbildungszeiten, gezielte Anpassungen an die Anforderungen des Arbeitsmarktes oder bessere Nutzung des Potenzials von Menschen mit Migrationshintergrund.³⁰ Das Risiko eines nicht zu deckenden Fachkräftebedarfs kann dadurch entschärft werden.

Eine moderne und vorausschauende Bildungspolitik kann den Anteil der Erwerbsfähigen an der Bevölkerung steigern.

:: Investitionen in Bildung und Forschung tragen auch dazu bei, Produktivitätszuwächse sowie Innovationsfähigkeit auf internationalem Spitzenniveau zu gewährleisten. Einschlägige Studien stützen die Annahme, dass um die heutige Spitzenposition mit 125 Patenten je 100.000 Einwohner und 1,4% F & E Beschäftigten in Baden-Württemberg mit steigendem Durchschnittsalter zu halten, verstärkte Investitionen in Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Forschung und Entwicklung erforderlich sind. Eine Flexibilisierung der Karrierewege zusammen mit einer auf die gesamte Beschäftigungszeit ausgerichteten Aus-, Fort- und Weiterbildung kann die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft dauerhaft erhalten und stärken.

Investitionen in Bildung und Forschung tragen auch dazu bei, Produktivitätszuwächse sowie Innovationsfähigkeit auf internationalem Spitzenniveau zu gewährleisten.

3.1 Aus-, Fort- und Weiterbildung verbessern

Kürzere Ausbildungszeiten und die schnelle Anpassung von Ausbildungsgängen an die Anforderungen des Arbeitsmarkts können eine strukturelle Verbesserung des Arbeitskräfteangebots bewirken und greifen die sich verändernde Nachfrage der Unternehmen nach Fachkräften auf. Zudem zeigt sich, dass besser Qualifizierte bei Erwerbsbeteiligung, Einkommen, Risiko der Arbeitslosigkeit, Verbleibsdauer in Arbeitslosigkeit etc. deutlich günstigere Werte aufweisen als Geringqualifizierte. Baden-Württemberg hat mit rd. 6% eine immer noch vergleichsweise hohe Quote von Schulabgängern ohne Abschluss³¹. Dies ist zwar die niedrigste Rate seit Jahren, dennoch ist die Abgängerquote ohne Abschluss nicht zufriedenstellend. Jeder Schüler muss entsprechend seinem Leistungsvermögen bestmöglich gefördert werden, ein Wert deutlich unter 5% sollte angestrebt werden.

Kürzere Ausbildungszeiten und die schnelle Anpassung von Ausbildungsgängen an die Anforderungen des Arbeitsmarkts können eine strukturelle Verbesserung des Arbeitskräfteangebots bewirken und greifen die sich verändernde Nachfrage der Unternehmen nach Fachkräften auf.

30 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2007): Statistik Aktuell, Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg

31 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2006): Familie in Zahlen

Parallel zur effizienteren Gestaltung von Schul- und Berufsausbildung ist eine verstärkte Praxisorientierung der allgemein bildenden Schulen erforderlich, um den Übergang von der schulischen Erstausbildung in die betriebliche Ausbildung zu erleichtern. Ziel sollte sein, dass jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhält. Die derzeitige Quote von rd. 0,79 Ausbildungsstellen je Bewerber in Baden-Württemberg sollte entsprechend erhöht werden. Gleichzeitig sollten, um insbesondere die für Baden-Württemberg besonders wichtige technische Stärke auszubauen, praxisbezogene Ausbildungselemente wie Praktika in der schulischen Ausbildung gestärkt und die mathematischen und naturwissenschaftlichen Ausbildungsteile ausgeweitet werden. Für leistungsschwächere Jugendliche sollten Ausbildungsgänge entwickelt und eingeführt werden, die zeitlich verkürzt und stärker praxisorientiert sind, um sicherzustellen, dass jeder Jugendliche nach seinen Möglichkeiten in die Berufswelt integriert wird.

Mit der Einführung des 8-jährigen Gymnasiums verkürzte Baden-Württemberg bereits 2004/2005 die Ausbildungszeiten. Es bieten sich aber noch weitere Ansatzpunkte, um Ausbildungsgänge ohne Qualitätsverlust zu straffen. Wünschenswert wäre insgesamt eine Verlagerung des Berufseinstiegs um zwei Jahre nach vorne. Hierzu kommen u.a. Maßnahmen in Betracht, die die frühkindliche Bildung stärken (einschließlich der Einführung von Ganztagsgrundschulen), eine frühere Einschulung ermöglichen bzw. unterstützen oder weitere Anreize schaffen, um Studienzeiten zu verkürzen. Auch die verstärkte Akzeptanz von Bachelor-Studiengängen für Berufseinsteiger durch die Wirtschaft ist ein wichtiges Element, um Ausbildungszeiten effektiv zu verringern.

Mittelfristig sinkende Schüler- und Studierendenzahlen bieten Schulen und Hochschulen enorme Potenziale, um Ausbildung qualitativ zu verbessern.

Nicht nur die Straffung von Ausbildungszeiten und Lehrinhalten trägt dazu bei, den demographischen Wandel zu meistern. Mittelfristig sinkende Schüler- und Studierendenzahlen bieten Schulen und Hochschulen enorme Potenziale, um Ausbildung qualitativ zu verbessern. Deutlich kleinere Klassengrößen und interaktive Projektarbeit im Unterricht sind mit weniger Schülern je Lehrer einfacher umzusetzen. Die Chance für bessere Schulen ist real: Nach einer im Auftrag der Robert Bosch Stiftung verfassten Studie werden die Schülerzahlen bundesweit innerhalb der kommenden 15 Jahre um zwei Millionen sinken. Blieben die Ausgaben auf einem mit heute vergleichbaren Niveau, stünden allein für die Schulausbildung 11,5 Milliarden Euro p.a. zusätzlich zur Verfügung.³²

Auch sollte Baden-Württemberg gezielt darauf hinarbeiten, den Anteil der Studierenden und die Qualität der Ausbildung, insbesondere in ingenieur- und naturwissenschaftlichen Studiengängen weiter zu steigern, um die Innovationsbasis des Landes zu sichern. Zwar unterschätzen die Werte der OECD für Baden-Württemberg das tatsächliche Ausbildungsniveau auf Grund der spezifischen Ausbildungsstruktur des Dualen Systems. Geboten erscheint dennoch, den Anteil von Personen mit einem Studienabschluss (»Akademikerquote«) an einem Jahrgang in Baden-Württemberg von derzeit 22,1 auf mindestens das Niveau von Ländern wie Frankreich

³² Robert Bosch Stiftung (2006): Demographie als Chance. Demographische Entwicklung und Bildungssystem – finanzielle Spielräume und Reformbedarf

oder der Schweiz (26,0 bzw. 25,9) zu erhöhen.³³ Hierfür sind entsprechende Investitionen erforderlich. Neben der quantitativen Verbesserung wird es aber vor allem darum gehen, in Zukunftsfeldern auch eine weitere Qualitätsverbesserung in Forschung und Lehre zu erreichen. Gerade bei den aktuellen Programmen des Landes zum Ausbau der Hochschulen (auch im Hinblick auf den Doppeljahrgang wegen der Verkürzung auf 12 Schuljahre) muss besonderes Augenmerk auf qualitativ hochwertige Angebote in den technischen Feldern gelegt werden.

Auch Unternehmen müssen gezielt und langfristig in Weiterbildung, berufliche Reorientierung und intergenerativen Wissensaufbau und -transfer investieren. So gilt es insbesondere, die Beteiligung der über 55-Jährigen am lebenslangen Lernen deutlich zu erhöhen. Angestrebt werden sollte dabei zumindest der Durchschnittswert der Altersgruppen (34%), langfristig sollte aber mindestens jeder zweite Arbeitnehmer über 55 Jahren Fort- und Weiterbildungsprogramme absolvieren – schließlich liegen ja noch bis zu 12 Jahre beruflicher Tätigkeit vor ihm. Der Schwerpunkt der Fortbildung sollte in denjenigen Bereichen liegen, die Schlüsselqualifikationen für die Bewältigung technologischer Umbrüche – und damit Treiber für Produktivitätssprünge – sind. Beschäftigte, die ihre Tätigkeiten alters-/gesundheitsbedingt nicht mehr ausüben können, müssen Reorientierungsmöglichkeiten erhalten und deren Annahme gegebenenfalls mit monetären Anreizen verknüpft werden.

Die Beteiligung der über 55-Jährigen am lebenslangen Lernen ist deutlich zu erhöhen. Langfristig sollte mindestens jeder zweite Arbeitnehmer über 55 Jahren Fort- und Weiterbildungsprogramme absolvieren – schließlich liegen ja noch bis zu 12 Jahre beruflicher Tätigkeit vor ihm.

Die Festo AG hat das Thema Bildung und Weiterbildung als Corporate Educational Responsibility definiert. Mit der Initiierung des Festo Bildungsfonds wollen die Gesellschafter von Festo dazu beitragen, junge Menschen in Ingenieurwissenschaften und Technik zu qualifizieren. Das Angebot richtet sich an technisch und ingenieurwissenschaftliche Studierende, Doktoranden, Post-doc-Forscher und Interessierte, die eine berufsbegleitende, hochschulbasierte Qualifizierung (z.B. Master-Abschluss oder MBA) anstreben.

3.2 Forschung und Entwicklung weiter fördern

Eine höhere Rate technischen Fortschritts – und damit eine höhere Arbeitsproduktivität – kann dazu beitragen, den demographisch bedingten Rückgang des Wirtschaftswachstums zu kompensieren. Wie entscheidend technologischer Fortschritt für Wirtschaft und Wohlstand sind, belegen die Statistiken aus den 90er Jahren: Rund die Hälfte der Wohlstandszuwächse in den OECD-Ländern wurden durch eine gesteigerte Arbeitsproduktivität erzielt. Es kommt also darauf an, inwieweit Unternehmen und Staat in zukunftswirksame Bereiche investieren.

Baden-Württemberg nimmt im Bereich F&E schon heute international einen Spitzenplatz ein. Mit Ausgaben von 3,9% des BIP liegt der Südwesten deutlich über dem deutschen Durchschnittswert von 2,5% und nur knapp hinter den internationalen Spitzenreitern Israel und Schweden, die 4,5% bzw. 4% ihres BIP für F&E ausgeben.³⁴

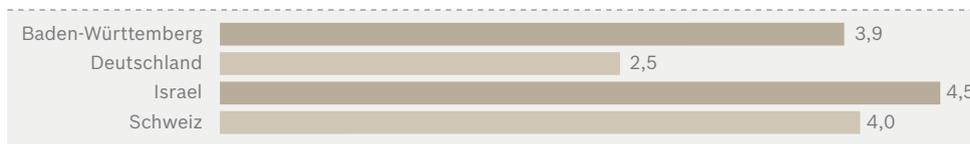
Baden-Württemberg nimmt im Bereich F&E schon heute international einen Spitzenplatz ein. Mit Ausgaben von 3,9% des BIP liegt der Südwesten deutlich über dem deutschen Durchschnittswert von 2,5% und nur knapp hinter den internationalen Spitzenreitern Israel und Schweden, die 4,5% bzw. 4% ihres BIP für F&E ausgeben.

³³ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2007): Abschlussquoten an den Baden-Württembergischen Hochschulen

³⁴ OECD (2006): Going for Growth, Structural Policy Indicators and Priorities in OECD Countries. Paris, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2007): Forschung und Entwicklung in Baden-Württemberg, Statistisches Monatsheft 5/2007

Vor allem der Unternehmenssektor tätigt diese Investitionen. Von den 3,9%-Punkten entfallen 3,1 %-Punkte auf Ausgaben des Wirtschaftssektors. Besonders die in Baden-Württemberg ansässigen Hochtechnologie-Unternehmen mit hohem Exportanteil tragen diese Investitionen. Viele kleinere Unternehmen hingegen, die in vielen Branchen sonst die Innovatoren sind, tragen nur wenig zu den F & E-Ausgaben bei.

A 11 | Baden-Württembergs Stellung im deutschen und internationalen Vergleich [Anteil F&E-Ausgaben am BIP]



Quelle: OECD 2006

Diese Struktur fördert zwar einerseits den technologischen Fortschritt, gleichzeitig birgt sie Risiken, da insbesondere bei internationalen Konzernen Verlagerungsentscheidungen leichter getroffen werden können als bei regional verankerten Unternehmen.

Diese Struktur fördert zwar einerseits den technologischen Fortschritt, gleichzeitig birgt sie Risiken, da insbesondere bei internationalen Konzernen Verlagerungsentscheidungen leichter getroffen werden können als bei regional verankerten Unternehmen. Die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften ist dabei ein entscheidender Wettbewerbsfaktor.

Für Baden-Württemberg wird es damit auch darauf ankommen, die F&E-Aktivitäten weiter zu steigern und dabei vor allem bei klein- und mittelständischen Unternehmen zu verbreitern. Hierzu müssen die finanziellen Spielräume durch die konsequente Fortsetzung der umsichtigen Haushaltspolitik des Landes geschaffen werden. Ansatzpunkte für eine Verbreiterung der F&E-Aktivitäten bietet auch das 7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union, mit dem rd. 54 Mrd. EUR zur Verfügung stehen. Baden-Württemberg sollte sich zum Ziel setzen, den Spitzenplatz bei der Einwerbung zu verteidigen und gleichzeitig einen Schwerpunkt auf der erfolgreichen Beteiligung von KMU legen.

Das Land kann die Innovationsfähigkeit z.B. durch Aktivitäten in den folgenden zwei Handlungsfeldern bzw. Rollen unterstützen:

Finanzielle Investitionen in F&E erhöhen und damit die Grundlage für die langfristige Innovationsfähigkeit sichern. Als Ziel sollte eine Steigerung des öffentlichen Anteils von derzeit 0,8% auf mindestens 1% des BIP angestrebt werden.

:: Als Land gilt es, direkt die finanziellen Investitionen in F&E zu erhöhen und damit die Grundlage für die langfristige Innovationsfähigkeit zu sichern. Als Ziel sollte eine Steigerung des öffentlichen Anteils von derzeit 0,8% auf mindestens 1% des BIP angestrebt werden. Der Schwerpunkt sollte dabei zwar in der Grundlagenforschung liegen, es sollten aber auch weiterhin im Hochschul Umfeld Strukturen gefördert werden, die den schnellen Übergang in unternehmerische Strukturen ermöglichen. Förderung von Ausgründungen, Seed und Pre-Seed Capital Strukturen sind dabei nur einige Elemente. Bei der Förderung von Unternehmen sollte durch gezielte Netzworkebildung vor allem die Anbindung von mittelständischen Unternehmen an die Forschungsinfrastruktur unterstützt werden. Hier kommen etwa Forschungsgutscheine speziell für das Segment von KMU in Betracht. Angestrebt werden sollte auch, klassische Förderstrukturen durch wettbewerbliche Verfahren in Verbindung mit Wirkungs- und Fortschrittsbewertungen abzulösen.

:: Als Förderer und Netzwerk-Manager kann das Land den Unternehmen Anreize geben, ihre Aktivitäten in Forschung und Entwicklung zu verstärken. Der seit vielen Jahren erfolgreiche Cluster-Ansatz bietet dafür eine hervorragende Ausgangsbasis. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sollte zusätzlich die mittelfristige F&E-Strategie des Landes laufend aktualisiert und die Landesförderung konsequent auf diese Felder fokussiert werden.

Als Förderer und Netzwerk-Manager kann das Land den Unternehmen Anreize setzen, ihre Aktivitäten in Forschung und Entwicklung zu verstärken.

Ein weiterer Ansatzpunkt liegt in der Stärkung von Forschungseinrichtungen in Form von Öffentlichen Privaten Partnerschaften. Vorbild könnten hier die Forschungseinrichtungen der Deutschen Telekom und der TU Berlin sein, die gleichzeitig Forschungsabteilung und Institut sind. Gerade aufgrund des starken »Unternehmergeistes« in Baden-Württemberg könnten sich solche Einrichtungen zu besonderen Wirtschaftsmotoren entwickeln.

Innovationsfähigkeit wird gerade in den Schulen begründet, beispielsweise durch hochwertige Ausbildung in den Naturwissenschaften. Baden-Württemberg sollte weiter die Investitionen in schulische und universitäre Bildung stärken. Denn der Wirkungsgrad von F&E-Investitionen hängt eben auch entscheidend von gut ausgebildeten Arbeitskräften ab. Besonders in der Alterskohorte der 25- bis 34-Jährigen muss der Anteil der Absolventen mit einem Hochschulabschluss erhöht werden, insbesondere derjenigen mit einem Abschluss in Naturwissenschaften und Technik (siehe oben).

Besonders in der Alterskohorte der 25- bis 34-Jährigen muss der Anteil der Absolventen mit einem Hochschulabschluss erhöht werden, insbesondere derjenigen mit einem Abschluss in Naturwissenschaften und Technik.

Schon heute zeichnet sich ein Bedarf an Arbeitskräften ab, der durch die Unternehmen nicht ohne Probleme am regionalen Arbeitsmarkt gedeckt werden kann. Tendenziell wird es hierbei regionale Unterschiede geben. Unternehmen in ländlichen Räumen wird es in der Regel schwerer fallen, diesen Bedarf zu decken. Aber auch Ballungsräume müssen sich zunehmend dem Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte stellen. Das gilt insbesondere für diejenigen »Talente«, die durch Kreativität und Innovationskraft die Zukunftsfähigkeit Baden-Württemberg bestimmen. Dabei werden Ballungsräume wie Stuttgart, Karlsruhe oder Mannheim zukünftig mit internationalen Metropolen wie Dublin oder Amsterdam um Hochqualifizierte mit technischem und naturwissenschaftlichem Hintergrund konkurrieren. Die Städte müssen dabei ihre Profile so schärfen, dass sie die unterschiedlichen Gruppen von Hochqualifizierten (z.B. Künstler/ Medienschaffende, gründungsfreudige Innovatoren in der Technologie) so anziehen, dass eine entsprechende Passung mit den regionalen Clustern entsteht.³⁵

35 Vgl. hierzu Roland Berger Strategy Consultants: Konzept »Talentstadt Hamburg«
Siehe auch Der Spiegel (2007), »Europas coole Städte«

Heute verfügt von den 10,7 Millionen Einwohnern des Landes jeder vierte über einen Migrationshintergrund.

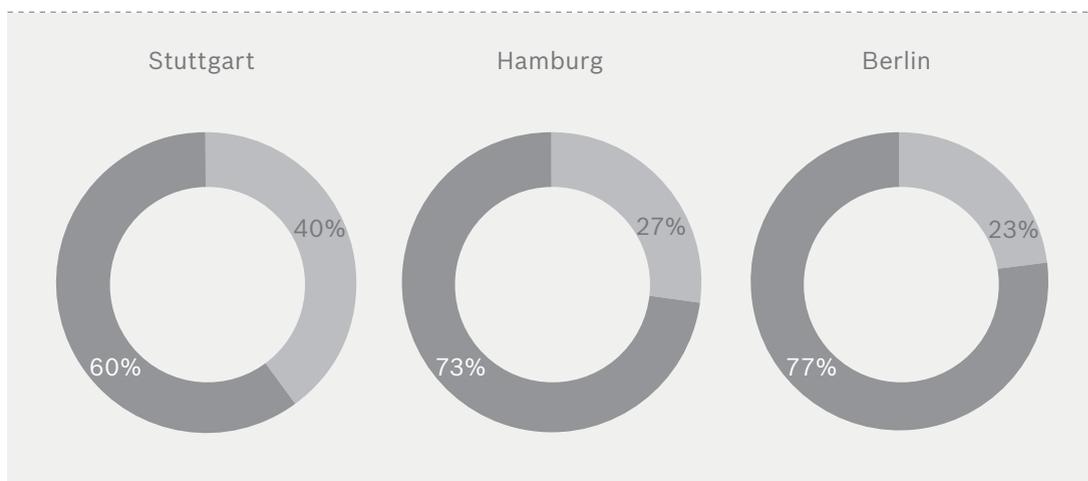
Die Wirtschaft des Landes hat von der Zuwanderung profitiert. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von rd. EUR 58.000 je Erwerbstätigem und einer Arbeitslosenquote von rund 5 Prozent hat das Land eine hervorragende Ausgangssituation.

4 Zuwanderung und Integration

Seit 1950 sind rund 15,7 Millionen Menschen nach Baden-Württemberg zugewandert – im selben Zeitraum verließen 12,6 Millionen das Land.³⁶ Heute verfügt von den 10,7 Millionen Einwohnern des Landes jeder vierte über einen Migrationshintergrund. Das bedeutet, dass fast 2,7 Millionen Bürger in Baden-Württemberg entweder selbst in den Südwesten gezogen oder Kinder eines Migranten sind. In der Landeshauptstadt Stuttgart leben mehr Bürger mit Migrationshintergrund als in jeder anderen deutschen Großstadt: 40 % der Stuttgarter haben einen Migrationshintergrund – in Berlin sind es lediglich 23 %.³⁷

Von 1950 bis heute haben sich in Baden-Württemberg jedes Jahr durchschnittlich 57.000 Menschen niedergelassen. Auch nach den großen Migrationswellen in den 60er und 70er Jahren sowie zu Beginn der 90er Jahre beträgt der jährliche Wanderungssaldo seit 2000 durchschnittlich immer noch 34.000 Personen.³⁸ Die Wirtschaft des Landes hat von der Zuwanderung profitiert. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von rd. EUR 58.000 je Erwerbstätigem und einer Arbeitslosenquote von rd. 5 % hat das Land eine hervorragende Ausgangssituation.

A 12 | Höchster Anteil von Stuttgart bei Bürgern mit Migrationshintergrund bezogen auf die Gesamtbevölkerung [in Prozent]



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2005

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2007

Der positive Migrationssaldo und damit die Stärkung der Wirtschaftskraft werden sich in der Zukunft aber nicht automatisch wiederholen. Bereits in den vergangenen Jahren ist die positive Wanderungsbilanz rückläufig. Im Jahr 2001 lag der Wanderungsüberschuss noch bei 69.000 Menschen, im Jahr 2006 aber lediglich bei 3.930.³⁹ Auch im vergangenen Jahr bestand das Gros der Netto-Zuwanderung aus Menschen, die aus den neuen Bundes-

36 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2007): Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg

37 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2006): Baden-Württemberg – Ein Einwanderungsland?

38 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2007): Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik

39 Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg (1/2007): Wanderungen über die Landesgrenze Baden-Württembergs 2006 nach Herkunfts- und Zielgebieten, Stuttgart

ländern stammen. Bis 2050 erwartet das Statistische Landesamt ein jährliches Migrationsplus für Baden-Württemberg von 17.000 (Variante 1) bis 24.000 Personen (Variante 2).

Die auf niedrigem Niveau stagnierende Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte stellt Baden-Württemberg vor neue Herausforderungen. Selbst die hohen Zuwanderungsraten der Vergangenheit konnten nicht verhindern, dass – auch ohne die Schere – einzelne Branchen über einen hohen Bedarf an qualifizierten Fachkräften klagen. Im August 2007 meldet die Bundesagentur für Arbeit landesweit 79.000 unbesetzte Stellen.⁴⁰

Die auf niedrigem Niveau stagnierende Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte stellt Baden-Württemberg vor neue Herausforderungen.

Baden-Württemberg benötigt zukünftig nicht nur stabile und gesteuerte Zuwanderung, sondern auch eine bessere Integration der Zugewanderten in Wirtschaft und Gesellschaft. Insbesondere bei der erfolgreichen Integration in Schule und Ausbildung hinkt Baden-Württemberg anderen Bundesländern hinterher. Zwar leben etwa 1,3 Millionen Ausländer in Baden-Württemberg, dies entspricht einer Quote von 13% der Gesamtbevölkerung.⁴¹ Aber in keinem anderen Bundesland ist die Quote der ausländischen Abiturienten geringer als in Baden-Württemberg. Bundesweit schaffen es 10,1% der ausländischen Schüler bis zum Abitur – in Baden-Württemberg weniger als halb so viele (3,8%).

Bei der erfolgreichen Integration in Schule und Ausbildung hinkt Baden-Württemberg anderen Bundesländern hinterher.

4.1 Bereits in Baden-Württemberg lebende Migranten einbinden – Zuwanderer aktiv integrieren

Erfolgreiche Integration von Migranten schafft die Grundlagen für ein starkes Baden-Württemberg der Zukunft. Voraussetzung für jede wirtschaftliche und soziale Eingliederung von Migranten in eine Gesellschaft ist das Beherrschen der Landessprache. Insbesondere in einer durch Wissens- und Informationstechnologien geprägten Wirtschaft entscheiden Sprachkenntnisse über den Erfolg in Schule, Ausbildung und Beruf. Deswegen zählt eine zielorientierte Sprachförderung zu den wichtigsten Maßnahmen erfolgreicher Integrationspolitik.

Voraussetzung für jede wirtschaftliche und soziale Eingliederung von Migranten in eine Gesellschaft ist das Beherrschen der deutschen Sprache.

Neben den bundeseinheitlich geregelten Integrationskursen gibt es unzählige Sprachförderungsprogramme in Baden-Württemberg. Universitäten, Volkshochschulen, Schulen, Kommunen, Arbeitsagenturen, Wohlfahrtsträger und private Sprachschulen bieten Sprachkursen an. Sinnvoll wäre eine Erfassung, Evaluation und Vernetzung der Programme. Effiziente Sprachförderung könnte sich künftig verstärkt an bislang vernachlässigte Zielgruppen wenden. Dazu zählen ausländische Frauen, Familien und ältere Ausländer. Die Landeshauptstadt Stuttgart hat bereits ein integrationspolitisches Programm umgesetzt, welches gezielt Sprachförderung – auch von Kindern – betreibt. Weitere denkbare Initiativen sind z.B. die Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund in den Kindergärten zu verstärken, Angebote für Fremdsprachen in Grundschulen einzuführen, Sprachgutscheine und Auffrischkurse anzubieten. Zielgruppe sind hier insbesondere bereits seit langem in Deutschland lebende Ausländer.

Effiziente Sprachförderung muss sich künftig verstärkt an bislang vernachlässigte Zielgruppen wenden. Dazu zählen ausländische Frauen, Familien und ältere Ausländer.

⁴⁰ Bundesagentur für Arbeit (2007): Arbeitsmarktstatistik

⁴¹ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2007): Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg

Schulbildung verbessern – Erfolgschancen erhöhen

Eine gute Schulbildung entscheidet maßgeblich über die wirtschaftliche und soziale Integration von Migranten. Bildung verbessert das Verständnis von Migranten über ihr neues Zuhause – gleichzeitig steigert Bildung die Zukunftschancen.

In der Schule schneiden Migranten in Baden-Württemberg schlechter ab als Menschen mit deutscher Herkunft.

In der Schule schneiden Migranten in Baden-Württemberg schlechter ab als Menschen mit deutscher Herkunft. Insbesondere bei den Nicht-Qualifizierten gibt es große Erfolgsunterschiede zwischen Einheimischen und Migranten. Während nur ein Prozent der Einheimischen eine Schule ohne Abschluss abbrechen, sind es bei Ausländern acht Prozent (ein Prozent zu acht Prozent).^{42,43}

Das Abschneiden von Migranten in der Schule erklärt sich durch zahlreiche Faktoren: Mangelnde Deutschkenntnisse, eine oftmals geringe Wertschätzung von Schul- und Berufsausbildung durch die Eltern der Migranten-Kinder – insbesondere bei Töchtern – sowie fehlende finanzielle Ressourcen sind nur einige Faktoren.

Erfolgversprechende Maßnahmen setzen sowohl bei den kulturellen Vorbehalten gegenüber höherer Bildung an als auch bei den finanziellen Ressourcen zur Finanzierung von Bildung- und Ausbildung. Zu den Modellprojekten gehört die BOS Bildungsoffensive für türkischsprachige Menschen in der Region Stuttgart. Getragen von 20 türkischen Vereinen und Elternbeiräten sowie dem türkischen Generalkonsulat der Stadt Stuttgart und der Landesregierung war es Ziel, die Integration von Menschen türkischer Herkunft zu verbessern.

Gute Erfahrungen werden vielerorts auch mit Patenschaftsprogrammen für Kinder mit Migrationshintergrund gemacht. Auf lokaler Ebene wird eine generationenübergreifende Kooperation aufgesetzt, bei der Freiwillige aus der älteren Generation Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund etwa bei Hausaufgaben oder in Bezug auf Deutschkenntnisse unterstützen.

Weitere denkbare Initiativen sind es, gesonderte Info-Elternabende für Migranten durchzuführen, schulinterne Beratungsbüros/Beauftragte für Kinder und Eltern mit Migrationshintergrund zu schaffen, landesweite »Erfolgsquoten« für Schulen zur Förderung von Kindern aus Migrationsfamilien zu definieren (beispielsweise Übertrittsquoten an Gymnasien, Hochschulen u.ä.), Anreize über Boni für erfolgreiche Schulen zu schaffen, insbesondere für die Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund Finanzierungsangebote für Ausbildung einzuführen und spezielle leistungsabhängige Stipendien für Migranten anzubieten. Die Robert Bosch Stiftung fördert in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen jährlich 50 Jugendliche mit Migrationshintergrund mit einem monatlichen Schülerstipendium von 200 Euro. Die Stipendiaten zeichnen sich durch Bildungsinteresse, Zielstrebigkeit und gesellschaftliches Engagement aus.⁴⁴

42 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2006): Baden-Württemberg – Ein Einwanderungsland?

43 Destatis (2006): Bildung und Kultur – Allgemeinbildende Schulen

44 Weitere Informationen unter: http://www.bosch-stiftung.de/talent_im_land/index.html

Berufs- und Hochschulbildung verbessern – Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern

Ein großer Teil von Ausländern und Bürgern mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg verfügt über keine abgeschlossene Berufsausbildung. Von den 30- bis 35-Jährigen Ausländern haben 43% keinen Berufsabschluss, bei den Mitbürgern mit Migrationshintergrund ist es jeder dritte (36%) – nur 8 % der Baden-Württemberger ohne Migrationshintergrund verfügen über keine Berufsausbildung. Die Arbeitslosenquote ist bei Ausländern und Personen mit Migrationshintergrund fast dreimal höher als bei Bürgern ohne Migrationshintergrund: Etwa 13% der Migranten und 15% der Ausländer haben keinen Job im Vergleich zu weniger als 5 % der Bürger ohne Migrationshintergrund.⁴⁵

Ausländische Jugendliche haben es besonders schwer, den Einstieg in den qualifizierten Arbeitsmarkt zu schaffen. Die Ausbildungsquote lag in dieser Gruppe im Jahr 2004 bei lediglich 25 %, bei Deutschen waren es 64 %. Unterrepräsentiert sind Auszubildende ohne deutsche Staatsangehörigkeit insbesondere im öffentlichen Dienst – hier beträgt der Anteil der Azubis lediglich 2,6 %. Trotz der strukturellen Schiefelage sind ausländische Jugendliche in beruflichen Bildungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit unterrepräsentiert: 2002/2003 waren lediglich 9,1 % der Teilnehmer Ausländer.⁴⁶ Die Bedeutung von Migranten wird künftig noch steigen: Die Bundesagentur für Arbeit erwartet, dass künftig jeder zweite Azubi einen Migrationhintergrund haben wird.

Langfristiges integrationspolitisches Ziel sollte die Entkopplung des Erfolges in Ausbildung und Beruf von der Herkunft sein. Ein wichtiger Indikator wäre eine Annäherung der Quoten von Migranten und Ausländern an Menschen ohne Migrationhintergrund. Dies würde bedeuten: 8 % ohne Berufsabschluss (minus 80%) und lediglich 5 % ohne Arbeit (minus 70 %). Bei den ausländischen Abiturienten wäre eine Steigerung um 470 % erforderlich, von 3,8 % eines Jahrgangs auf 22 %.

Projekt »Ausländische Betriebe bilden aus« (kurz: »ABba«)

Mit dem ABba-Projekt adressiert die Region Stuttgart speziell Jugendliche mit Migrationshintergrund: Caritas und IHK wenden sich an ausländische Betriebe, damit diese Ausbildungsplätze speziell für Jugendliche mit Migrationshintergrund bereitstellen.

Auch in der Fläche lassen sich Erfolge durch die Einbindung der wichtigsten gesellschaftlichen Akteure erzielen. Insbesondere Wirtschaft und öffentliche Verwaltungen haben eine herausragende Bedeutung bei der Qualifizierung und Integration in den Arbeitsmarkt. Denkbare Maßnahmepakete sind: Patenschaften zwischen Wirtschaft und Migranten in der Schule einführen, Quote von Studienplätzen für Studenten mit Migrationshintergrund reservieren, spezielle Stipendien für Menschen mit Migrationshintergrund anbieten, Programm »Mittelstand für die Integration« zur Schaffung von Ausbildungsplätzen in lokalen Unternehmen lancieren.

⁴⁵ Statistisches Landesamt (2006): Baden-Württemberg – Ein Einwanderungsland?

⁴⁶ Friedrich-Ebert-Stiftung (2006): Kompetenzen stärken, Qualifikationen verbessern, Potenziale nutzen

4.2 Gezielt Migration fördern

Ohne eine gezielte Zuwanderung von neuen Mitbürgern nach Baden-Württemberg wird der hohe Lebensstandard langfristig nicht zu halten sein. Schon in der heutigen Bevölkerungsvorausberechnung wird von einem Migrationssaldo von 17.000 bis 24.000 Personen p.a. ausgegangen.

Baden-Württemberg benötigt sowohl Zuwanderung aus anderen Bundesländern als auch aus dem Ausland.

Baden-Württemberg benötigt sowohl Zuwanderung aus anderen Bundesländern als auch aus dem Ausland. Bereits im August 2007 hat die Bundesagentur für Arbeit 79.000 offene Stellen gemeldet. In einigen Berufszweigen ist der Facharbeiterbedarf besonders ausgeprägt. Zum Beispiel fehlen 4.100 Schlosser, 4.200 Elektriker, 2.200 Ingenieure und 900 Wirtschaftsprüfer und Controller.⁴⁷

Sinnvoll wäre eine Bündelung der Anwerbeinitiativen in einer speziellen Integrationsagentur, die Talente für Baden-Württemberg gewinnt und die Aktivitäten verschiedener Ministerien, Kommunen, Wirtschaftsregionen und Unternehmen für Baden-Württemberg bündelt. Dadurch könnten spezielle Berufsgruppen, Regionen oder Staaten effizient angesprochen werden.

Nicht nur neue Bürger braucht das Land – auch bereits in Baden-Württemberg lebende Bürger müssen im Land gehalten werden.

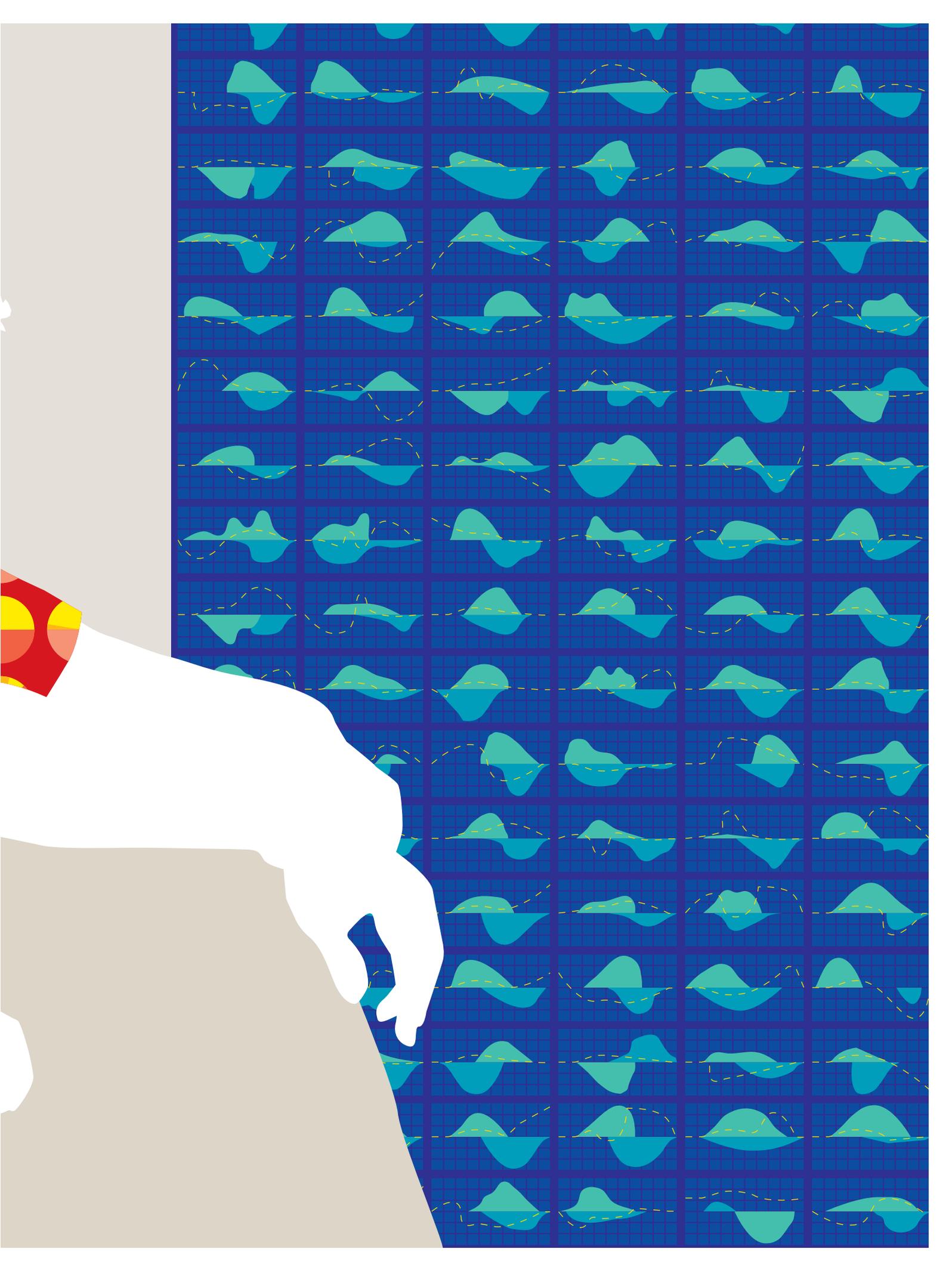
Nicht nur neue Bürger braucht das Land – auch bereits in Baden-Württemberg lebende Bürger müssen im Land gehalten werden. Besonders interessante Zielgruppe sind die Studierenden. Im Wintersemester 2006/2007 studierten rund 36.000 ausländische Studierende in BW,⁴⁸ 4.100 Ausländer haben ihr Studium 2005 abgeschlossen.⁴⁹ Aus volkswirtschaftlicher Sicht macht eine nicht vollständig durch den Studierenden selbst finanzierte Qualifizierung dann besonders Sinn, wenn der Absolvent nach der Ausbildung einen Job in Baden-Württemberg antritt. Ziel wäre es, mindestens jeden zweiten Absolventen in Baden-Württemberg zu halten. Folgende Maßnahmen sind denkbar: Absolventen nach Abschluss Praktika mit Übernahmeoption in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anbieten, spezialisierte Career Service Center für ausländische Studierende einführen oder Mentorenprogramme für Studierende mit Migrationshintergrund entwickeln.

47 Bundesagentur für Arbeit (2007): Arbeitsmarktbericht

48 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2007): Unterricht und Bildung

49 Destatis (2007): Studierende an Hochschule; Destatis 2007: Prüfungen an Hochschulen





Der Ansatz – Zusammenfassung der Vorschläge und erste Überlegungen zur Umsetzung

Um die Herausforderungen des demographischen Wandels zu bewältigen, müssen Politik und Unternehmen in Baden-Württemberg weiterhin konsequent handeln. Notwendig ist ein Programm, das an allen wichtigen verfügbaren Hebeln ansetzt und deren Umsetzung konsequent nachhält. Mit dem Bericht der Enquetekommission zum demographischen Wandel liegen bereits zahlreiche Vorschläge aus einer breiten Perspektive für alle politischen und gesellschaftlichen Handlungsfelder auf dem Tisch. Diese Studie hat den Fokus, die aktuellen Debatten aufzugreifen, Vorschläge (auch der Kommission) unter einer eher wirtschaftlichen Betrachtung zu spiegeln und Impulse für eine fokussierte Umsetzung von Schwerpunktthemen zu geben.⁵⁰ Baden-Württemberg ist in der komfortablen Lage, in vielen Handlungsfeldern schon heute eine führende Position einzunehmen und z.B. bei der Erwerbsbeteiligung oder den F&E-Ausgaben Spitzenwerte zu erzielen. Dies ist aber zugleich auch eine Herausforderung, weil für den Ausgleich der demographischen Entwicklung weniger Spielraum zur Verbesserung besteht als in anderen Ländern. Um die demographische Herausforderung zu bewältigen, wird es erforderlich sein, in vielen Feldern die Spitzenposition weiter auszubauen. Baden-Württemberg kommt zugute, dass es in den nächsten 15 Jahren noch nicht stark vom Bevölkerungsrückgang getroffen wird. Damit bleibt Zeit, dem demographischen Wandel frühzeitig zu begegnen – auch in Handlungsfeldern, die einen langen Vorlauf brauchen, um ihre Wirkung zu entfalten.

Baden-Württemberg muss seine Anstrengungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter intensivieren. Über diese Maßnahmen sollte angestrebt werden, bis 2020 die Frauenerwerbsquoten in den mittleren Alterskohorten nochmals deutlich zu erhöhen. Dies gilt insbesondere für Mütter, deren jüngstes Kind unter 3 Jahren alt ist. Auch die Spielräume für längere Arbeitszeiten bei aktuell Teilzeitbeschäftigten sind zu nutzen. Hierzu ist eine Erweiterung an Betreuungsangeboten gerade für unter 3-jährige mit dem Ziel von 70.000–80.000 Plätzen in 2020 sowie ein Ausbau der Ganztagesbetreuung auch für ältere Kinder erforderlich. Gleichzeitig sollten alle Transferleistungen dahingehend überprüft werden, ob sie dazu beitragen, die Vereinbarkeit von Familie & Beruf zu fördern.

Zur laufenden Darstellung der Fortschritte im Bereich der Kinderbetreuung bietet es sich für Baden-Württemberg an, eine regelmäßige medienwirksame Berichterstattung aufzusetzen. Diese sollte z.B. quartalsweise oder halbjährlich die Veränderungen der Zahl der Betreuungsplätze im Zeitverlauf gestaffelt nach Betreuungsumfang und Altersstruktur darstellen. Zur Gewinnung der Zahlen könnte auf das Statistische Landesamt zurückgegriffen werden. Die Informationszugänge zu den Kommunen bzw. privaten oder gemeinnützigen Trägern sind entsprechend zu etablieren. Durch eine differenzierte Darstellung der Entwicklung für einzelne Regionen bzw. Land-

50 Enquetekommission Baden-Württemberg »Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik«: Abschlussbericht 2006

kreise oder Kreisfreie Städte könnte ein gewisser Wettbewerb auf lokaler Ebene zur Realisierung eines schnellen Ausbaus von Betreuungsplätzen erreicht werden.

Um die demographische Stabilität wiederzugewinnen, sollte die Stellung von Kindern in der Gesellschaft z.B. durch gezielte Kommunikation und die Ausrichtung aller Bereiche der Landespolitik auf Kinderfreundlichkeit weiter gestärkt werden. Als wichtiges Zeichen könnte Baden-Württemberg eine landesweite Familienkarte einführen. Eine Machbarkeitsstudie für eine solches Kartenkonzept sollte kurzfristig erstellt werden, um zeitnah eine Umsetzung zu prüfen und bei positivem Votum einleiten zu können.

Um den schon heute bestehenden Bedarf an Fachkräften zu decken, muss die Jugendarbeitslosigkeit konsequent abgebaut und die Erwerbsbeteiligung im Alter erhöht werden. Gerade bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund müssen gezielte unternehmensnahe Programme entwickelt werden, um diese Zielgruppe in das Erwerbsleben zu integrieren.

Der demographische Wandel schafft neue Märkte. Das Land muss seine Spitzenstellung z.B. in der Automobil-Industrie, im Maschinenbau oder der Gesundheitswirtschaft intensiv nutzen und mit dem Blick auf den demographischen Wandel ausbauen. Die frühzeitige Adressierung und Besetzung des »silver market« ermöglicht es nicht nur national den demographischen Wandel wirtschaftlich zu nutzen, es eröffnet auch international Exportmöglichkeiten und schafft nebenbei Arbeitsplätze. Hier sind durch Politik und Unternehmen gemeinsam Strategien zu entwickeln, die allen Unternehmen – gerade auch kleineren Unternehmen und dem Handwerk – die Partizipation an diesem Wachstumsfeld ermöglichen.

Zur Umsetzung bietet es sich an, das bestehende »Landesnetzwerk Demographie & Wirtschaft« zu intensivieren und die Regiestelle zu stärken. Das Unternehmensnetzwerk sollte noch umfassender über Newsletter, Internetangebote, Studien und über aktuelle Entwicklungen im Feld Unternehmen und Demographie informieren. Parallel sollte es konkrete fachliche Unterstützung insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen etwa bei Fragen von demographiebedingten Marktänderungen anbieten, z.B. indem Kontakte für eine vertiefte wissenschaftliche oder Beraterische Unterstützung vermittelt werden. Das Unternehmensnetzwerk kann darüber hinaus Unternehmenswettbewerbe initiieren. Solche Wettbewerbe bieten sich zu Themen wie der Integration Älterer im Unternehmen oder zu Patenschaftsmodellen von Unternehmen für Jugendliche mit Migrationshintergrund an.

Um eine entsprechende Reputation des Netzwerks zu erreichen, bietet es sich an, exponierte Unternehmerpersönlichkeiten aus Baden-Württemberg persönlich als Botschafter für ein solches Netzwerk zu gewinnen.

Baden-Württemberg muss die Voraussetzungen für mehr Innovation durch optimale Bildung, internationale Spitzenforschung und innovationsfreudige Unternehmen auch künftig sicherstellen. Aufbauend auf seiner exzellenten Ausgangslage wird es darauf ankommen, in F&E vor allem die Technologieführerschaft von kleineren und mittelständischen Unternehmen (z.B. über Forschungsgutscheine) zu stärken und gezielt in wissenschaftsnahe F&E-Aktivitäten zu integrieren. An den Hochschulen

sollten die technischen und naturwissenschaftlichen Schwerpunkte weiter verstärkt und durch innovative Fördermodelle Ausgründungen unterstützt werden.

Das Thema der demographiebedingten Auswirkungen auf die baden-württembergische Wirtschaft könnte deshalb ein Teil der Aufgabenstellung des durch den Ministerpräsidenten eingerichteten Innovationsrats sein. Dieser könnte etwa Fragestellungen wie »Demographiebedingte Auswirkungen auf Forschung und Entwicklung« oder »Demographie und Unternehmensgründungen« etwa in Form von Studien oder Foren vertieft bearbeiten und in Überlegungen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des Landes einfließen.

Letztlich wird all dies nur möglich sein, wenn das Land seine Politik langfristig anlegt, nachhaltig wirtschaftet und damit gestaltungsfähig bleibt. Dies erfordert die Fortsetzung des Konsolidierungskurses und die weitere Rückführung der Nettoneuverschuldung. Gleichzeitig muss im Staatshaushalt und auch in der landespolitischen Agenda eine klare Prioritätensetzung auf die o.g. Felder erfolgen – sie stellen die Basis für Wachstum und Wohlstand dieser und kommender Generationen dar. Ein Ansatzpunkt zur Verstetigung einer nachhaltigen Haushaltspolitik ist es, den Haushalt um eine Projektion der demographischen Herausforderungen zu ergänzen und bereits heute darzustellen, welche Maßnahmen zur Bewältigung dieser Herausforderungen im Haushalt bereits getroffen worden bzw. in der mittelfristigen Gesamtplanung vorgesehen sind.

Zur Zusammenführung der beschriebenen Handlungsfelder bietet es sich an, alle 1-2 Jahre eine Konferenz durchzuführen, welche die Demographiedebatte in Baden-Württemberg verstetigt und aktuelle Entwicklungen aufgreift und darstellt.

- Bayerische Staatskanzlei (2007): Zukunft Bayern 2020, München
- Börsch-Supan, A., A. Ludwig und J. Winter (2004): Aging, Pension Reform, and Capital Flows: A Multi-Country Simulation Model, MEA DP 64-2004
- Bundesagentur für Arbeit (2007): Arbeitsmarktstatistik, Nürnberg
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2007): Studie Wirtschaftsmotor Alter, Berlin
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziales (2003): Nachhaltigkeit in der Finanzierung sozialer Sicherungssysteme - Bericht der Kommission. Berlin
- Der Spiegel (2007), Heft 34, S. 98 ff, Europas coole Städte
- Destatis (2006): Bildung und Kultur - Allgemeinbildende Schulen, Wiesbaden
- Destatis (2007): Prüfungen an Hochschulen, Fachserie 11 Reihe 4.2, Wiesbaden
- Destatis (2007): Studierende an Hochschule, Fachserie 11 Reihe 4.1, Wiesbaden
- Deutsche Bank Research (2003): Deutsches Wachstumspotenzial: Vor demographischer Herausforderung, Aktuelle Themen Nr. 277. Frankfurt am Main
- Dr. Matthias Weiss (Ansprechpartner); Prof. Axel Börsch-Supan; Dipl.-Wi.-Ing. Ismail Düzgün (2006): Altern und Produktivität - Zum Stand der Forschung, Mannheim
- Enquetekommission Baden-Württemberg »Demographischer Wandel - Herausforderungen an die Landespolitik«: Abschlussbericht 2006, Stuttgart
- European Central Bank (2005): Assessing Potential Output Growth in the Euro Area - A Growth Accounting Perspective. Occasional Paper Series No. 22/January 2005
- Eurostat (2006): EU Labour Force Survey - Principal Results 2005, issue No. 13/2006, Brussels
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2006): Kompetenzen stärken, Qualifikationen verbessern, Potenziale nutzen, Bonn
- Gary Burtless (2005): Can Rich Countries Afford to Grow Old?
<http://www.brookings.edu/views/papers/burtless/20050715.htm>
- Gary Burtless (2005): The Age Profile of Income and the Burden of Unfunded Transfers in Four Countries from the Luxemburg Income Study, CRR WP 2005-33
- Guy Laroque und Bernard Salanie (2005): Does Fertility Respond to Financial Incentives, CEPR Discussion Papers with number 5007, London
- Jens Ridderbusch, Statistisches Monatsheft (06/2005): Erwerbsbeteiligung und Kinderbetreuung im regionalen Vergleich, Stuttgart
- Mannheimer Research Institute for the Economics of Aging (2006): Whether Young of Old - The Performance in the Team remains constant, No 13/10, Mannheim

- Nicholas Eberstadt und Hans Groth (2007): Healthy Old Europe, Foreign Affairs, Vol. 86 Nr. 3, New York
- OECD (2006): Going for Growth, Structural Policy Indicators and Priorities in OECD Countries. Paris
- Robert Bosch Stiftung (2006): Unternehmen Familie, Stuttgart
- Robert Bosch Stiftung (2005): Starke Familie, Bericht der Kommission »Familie und demographischer Wandel«, Stuttgart
- Robert Bosch Stiftung (2006): Demographie als Chance. Demographische Entwicklung und Bildungssystem – finanzielle Spielräume und Reformbedarf, Stuttgart
- Roland Berger Strategy Consultants (2007), Der zweite Gesundheitsmarkt, München
- Statistisches Bundesamt (2006): 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden
- Statistisches Landesamt (2007): Abschlussquoten an den Baden-Württembergischen Hochschulen im internationalen Vergleich, Stuttgart
- Statistisches Landesamt (2007): Alternde Erwerbsbevölkerung – Problem oder Chance für Baden-Württemberg, Stuttgart
- Statistisches Landesamt (2007): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit nach Alter und Geschlecht am 31.12.2006 – Auswertung des Statistischen Landesamtes, Stuttgart
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2006): Baden-Württemberg ein Einwanderungsland? – Erste Eckdaten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Stuttgart
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2006): Familie in Zahlen, Stuttgart
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2007): Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg, Stuttgart
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2007): Die Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2050, Stuttgart
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2007): Forschung und Entwicklung in Baden-Württemberg, Statistisches Monatsheft 5/2007, Stuttgart
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2007): Unterricht und Bildung, Artikel-Nr. 3234 07001, Stuttgart
- Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg (1/2007): Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik – Wanderungsbewegungen und Einbürgerungen in Deutschland, Stuttgart
- United Nations, Department of Economic and Social Affairs (2001): Population Division 2001. New York

Herausgegeben von der
Robert Bosch Stiftung GmbH

Autoren
Stefan Schaible
Partner, Leiter des Kompetenzbereichs Civil Economics
Roland Berger Strategy Consultants

Per Breuer, Principal
Roland Berger Strategy Consultants

Prof. Ashok Kaul
Universität Mainz

Fedon Moog, Berater
Roland Berger Strategy Consultants

Redaktion
Dr. Andrej Heinke
Projektleiter »Familie und demographischer Wandel«
Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart
www.bosch-stiftung.de/demographischer_wandel

Gestaltung
siegel konzeption|gestaltung

Illustration
Hesse Design, Erkrath

Druck
TYPOfactory Stuttgart GmbH

Copyright 2007
Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart
Alle Rechte vorbehalten
978-3-939574-06-4